

»Geld gibt es nicht«

Die Bankenkrise als Anlass, sich endlich für eine mehrdimensional koordinierte Gesellschaft einzusetzen

Während der Weltfinanzkrise bekommt man erstaunliche Dinge zu lesen. 1400 Milliarden Dollar sollen in einer Handvoll Wochen des Jahres 2008 vernichtet worden sein, allein an ein paar Tagen im Oktober 300 Mrd \$ an Aktienwerten.¹ Die erste Frage, die man sich überall stellt: „Wo ist dieses Geld denn hin, wie konnte das passieren?“ Und die bange zweite Frage lautet: „Woher kommt das Geld für die Hilfspakete, mit denen die Industriestaaten das Bankensystem retten wollen?“ Bspw. 480 Mrd € sollen es in Deutschland sein, ähnliche Größenordnungen wollen England, Frankreich, die USA und demnächst auch Japan mobilisieren. Gestern noch wurde allerorts um ein paar Tausend Euro für Kultur, Bildung oder Kinderbetreuung gefeilscht und plötzlich verkünden Merkel und Steinbrück ein Rettungspaket, das 70 % größer als der gesamte Bundeshaushaltsplan ist² – wie in aller Welt kann das funktionieren? Die Finanzmarktprofis scheinen es auch nicht richtig zu wissen, weshalb die Kurse weiter unruhig im Keller hin- und herunter hüpfen.

Paradoxerweise rufen die Leitartikler und Kommentatoren in allen Medien das Ende der aktuellen Spielart des „Kapitalismus“ aus, während gleichzeitig von Lafontaine bis Westerwelle prinzipiell Einigkeit besteht, die öffentlichen Rettungspakete für den Bankensektor seien alternativlos.

Die führenden Wirtschaftsexperten des Landes haben offensichtlich ihren Kredit verzockt, aber der Linken von DGB über Attac bis zur Wertkritik fällt eigentlich nur das Wort „Blase“ ein und dass man schon immer gewarnt habe. Das Gerede von der „Blase“ findet heute viel mehr Zuhörer als gestern noch, aber wie weit kann es uns tragen? Die Metapher der „Blase“ meint, dass es rein mit Luft aufgeblasene Werte gibt, die in der Krise zerplatzen. Dann müsste es aber zur Unterscheidbarkeit auch solide Werte geben, die platzfest sind. Gold etwa? Davon wird viel mehr produziert, als irgendwer auf der Welt benutzen will, man hortet ein nutzloses Metall, da es seit Jahrtausenden als Symbol für Wert gilt. Gold ist also ein mehr oder weniger reines Symbol, dessen Kurs völlig von den Stimmungen der Märkte abhängt und es ist keineswegs platzfest. Sind – marxistisch gesagt – die „Produktionsmittel“ ein fester Wert, bspw. die Werkshallen, Roboter und Ersatzteillager bei General Motors? Ist General Motors jenseits der Blase jenen Betrag wert, den die Anschaffung seiner Produktionsmittel und die Qualifizierung seiner Fachkräfte (Humankapital) gekostet hat? Ganz und gar nicht, wenn die produzierten Autos nicht in ausreichender Menge gekauft werden. Nach den US-Banken haben die US-Autofirmen die schlimmsten Einbrüche im Aktienkurs zu verzeichnen. War der Kurs der Aktie der deutschen Commerzbank Januar 2008 zu zwei Dritteln „Blase“ und wenn ja, warum verschwindet nicht die Angst von neuerlichen Kursverlusten, wenn die Blase doch bereits

1 Nach ARD-Brennpunkt vom 10. 10. 2008. Zum Vergleich: Laut IWF betrug die weltweite Wertschöpfung 2007 (Welt-BIP) 54 312 Mrd \$ (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2007/02/weodata/download.aspx>)

2 Der Bundeshaushaltsplan 2008 summiert die veranschlagten Ausgaben auf 283,2 Mrd € (<http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2008/html/vsp2i-e.html>).

geplatzt ist? Die nahe liegende wie einfache Antwort ist, man weiß vorher schlicht nicht, was eine „Blase“ ist und was nicht, potenziell kann nämlich jeder Wert zerplatzen. Hätten die ‚marxistischen‘ Wertkritiker um Michael Heinrich oder das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung³ vorab Genaueres über die „Blasen“ gewusst, hätten sie wunderbar selbst an den Finanzmärkten auf den Zusammenbruch von Lehmann Brothers und anderen Banken spekulieren können. Heute hätten sie dann Milliardengewinne für ihre weitere Arbeit einstreichen können, dazu waren sie aber offensichtlich nicht in der Lage.

Geld gibt es nicht

Um zur ersten Ausgangsfrage zurück zu kommen: Wo ist das in der Krise verlorene Geld denn hin, hat es irgend wer sonst, wenn schon nicht die linken Propheten der „Blase“? Einige Wirtschaftswissenschaftler wiegeln ab, das sei alles Unsinn, da verwechsle man wohl den aktuellen Handelskurs mit dem Wert ganzer Unternehmen. Auch wenn momentan kaum jemand mehr als 38€ für Aktien der Deutschen Bank bezahlen mag, bekommt man das Bankhaus keinesfalls für den Geldbetrag, der der Gesamtzahl der Aktien mal 38€ entspricht. Den meisten Aktionären der Deutschen Bank sind die Aktien mehr wert als 38€ das Stück, weshalb sie auch gegenwärtig nicht verkaufen. Zahlen von so-und-so viel Billionen Wertverlust durch die Finanzkrise sind also eine Milchmädchenrechnung. Oder doch nicht? Immerhin haben die Unternehmen solche Rechenweisen zur eigenen Bilanzierungsregel gemacht: die Deutsche Bank hat x Millionen Aktien von Daimler, und wenn deren Kurswert fällt, hat die Deutsche Bank ohne eine einzige Transaktion x Millionen Verlust zu verzeichnen, sie muss deshalb existenzgefährdende Abschreibungen vornehmen. Aus diesem Grund werden die Bilanzierungsregeln gegenwärtig erst mal gelockert (die „Fair Value Bewertung“ wurde in den USA aufgeweicht). Wie viel ist die Deutsche Bank aber wert, wenn die Zahlen in ihrer Bilanz nicht aktuell sind? Der selbe Wirtschaftswissenschaftler, der uns eben eine „Milchmädchenrechnung“ vorgeworfen hat, würde uns den Blick in die so genannten „Fundamentaldata“ vorschlagen, also letztlich wieder einen Blick in die Bilanz und in die Bilanzen vergangener Jahre. Da beißt sich die Katze in den Schwanz. Vertrauen in die „Fundamentaldata“ kann nur haben, wer vertraut, dass die Deutsche Bank künftig ähnliche Gewinne macht wie in der Vergangenheit, wozu aber „Vertrauen“ in die Weltfinanzmärkte zurück kommen muss.

3 Bei den „Wertkritikern“ handelt es sich um nicht allgemein bekannte und kleine jesuitische Kampfverbände, die erstaunlich effizient daran arbeiten, die Reformation in der Linken zurück zu drehen. Über eine philosophisierende und strenge Lesart der heiligen Schrift (1. Band des Kapitals) erringen sie v. a. in akademischen linken Kreisen hier und da die Deutungshoheit für die alte Lehre vom Hauptwiderspruch – allerdings bei radikaler Absage an die Proletarierfolklore. In dem Glauben, das die Gesellschaft in ihren wesentlichen Formen bestimmende Prinzip mit dem Wertgesetz bei Marx objektiv offenbart zu finden, verhängen sie einer messianischen Sekte gleich ein Bilderverbot über das irgendwann der heutigen Welt folgende Gottesreich (Kommunismus). Statt aber das Armageddon (Revolution) konkret zu planen und zu fördern, solle man heute lediglich kleine Kreise von Bibelforschern (Eigenbezeichnung u. a. der Zeugen Jehovas) pflegen und die wahre Lehre durch finstere Zeiten hindurch vor der Befleckung schützen. Das IKM steht hier für die keynesianische sozialdemokratische Linke von SPD bis Linkspartei und damit für einen anderen Pol der Linken, der wie die orthodoxe Christenheit in staatsnahe Nationalkirchen gegliedert ist. An dieser Stelle nicht mitgemeint sind die Franziskanerorden der Linken, also die Internationalismus- und Antirassismusszene, welche die Welt lieber an der Liebe mit den Opfern (Flüchtlinge, lateinamerikanische Bauern) genesen sieht, diesen allerdings meist auch ganz konkret hilft.

Das Problem mit dem Vertrauen in Vertrauen

Ständig erklärt man uns die Finanzkrise und die Notwendigkeit der Rettungspakete damit, dass es ganz wesentlich um „Vertrauen“ ginge. Deshalb können die Kurse selbst direkt nach einer dicken Milliardenspritze um weitere Milliarden fallen. Denn allein schon die Milliardenspritze wird als nicht gerade vertrauensförderlicher Beweis interpretiert, dass ein massives Problem existieren muss, welches durch die „Fundamentaldaten“ eben nicht dargestellt werden kann. Es geht also wesentlich um „Vertrauen“ – oder sogar ausschließlich um Vertrauen? Bestes Indiz sind die vergeblichen Anstrengungen in allen Landes- und Privatbanken Aufklärung über die Risiken in den eigenen Büchern zu erhalten. Monatelang haben dies die Experten in allen Häusern mit Hochdruck versucht und nirgends ist es gelungen. Tatsächlich liegt das Problem beim Vertrauen und nicht bei einer ‚falschen‘ Interpretation fundamentaler Daten.⁴ Die rein symbolische Existenz der Phänomene „Wert“ und „Geld“ ist allerdings nur selten so einfach zu spüren wie momentan in der Finanzkrise. Wer gegenwärtig nachhakt, bekommt von Finanzwissenschaftlern und jedem halbwegs aufgeklärten Banker schnell eingeräumt, dass Geld etwas rein fiktives ist.⁵ Geld ist eine symbolische Repräsentation von Vertrauen in Austauschbeziehungen.

Aber können die etablierten Finanzexperten mit diesem Befund selbst etwas sinnvolles anfangen? Eher nicht, denn sie würden sich selbst den Boden unter den Füßen wegziehen: Wer sagt, eigentlich kommt es in der Finanzkrise nur auf Vertrauen an, das aber ist momentan nicht vorhanden, sagt im Klartext: „Ich habe keine Ahnung, wann und wie die Krise aufhören könnte, mein Expertenwissen ist nutzlos“. Wenn die Basis von Geld bzw. die Basis des Werts jeder Art von Geld letztlich ausschließlich Vertrauen ist (gestützt ggf. auf die Daten von ökonomischen Statistiken, denen man vertraut), gibt es ein grundsätzliches Paradoxon zu überwinden: Man kann nicht gut in Vertrauen vertrauen. Vertrauen kann kommen und gehen wie der Wind und die bei einer Finanzkrise offensichtlichen Rückkoppelungseffekte sind vorprogrammiert: Wenn das Vertrauen in Werte sinkt, sinken diese Werte, was das Vertrauen in ihren Wert weiter beschädigt u. s. w. Zur Bewältigung des Vertrauensparadoxon liegt nahe, dass man den Geldwert symbolisch mit einem als vertrauenswürdig und stabil geltenden materiellen Zustand verknüpft. Kein Zufall wird sein, dass die bronzezeitlichen, Metall bearbei-

4 Ein ökonomischer Ansatz, der konsequenter auf fundamentale Grunddaten aufbaut, ist jener der Physiokraten des 18. Jahrhunderts. Obwohl sich damals längst abzeichnete, dass u. a. Manufakturen der Landwirtschaft den Rang abliefen, erklärte François Quesnay die Landwirtschaft zur einzigen Quelle von Wertschöpfung. Immerhin hatten die Physiokraten verstanden, dass alle Wirtschaftsteilnehmer auf Agrargüter (Nahrung) angewiesen sind, während die Nachfrage nach Industriegütern wie GM-Autos unerwartet einbrechen kann, so dass teure Fabriken plötzlich wertlos werden können. Industrielle Produktion ist nur denkbar, solange auch eine nennenswerte Agrarproduktion stattfindet (allerdings mit immer weniger Beschäftigten). Ganz analog ist auch eine zunehmend immaterielle Produktion weiterhin auf eine industrielle angewiesen (allerdings mit immer weniger Beschäftigten). Während heute die Produktion von Dienstleistungen und (mehr oder weniger) virtueller Qualitäten der Industrie den Rang abläuft, reagieren viele Zeitgenossen wie einst die Physiokraten: Sie würden der vormals dominanten Produktion gern wieder eine zentrale ökonomische Rolle zuweisen. Aber sollten wir uns ganz umgekehrt nicht lieber freuen, wenn unsere ökonomische Herausforderung heute nicht mehr primär die Herstellung dauerhaft lagerfähiger, materieller Konsumgüter ist (bzw. im Fall der Physiokraten von Nahrungsmitteln), sondern die Anwendung von Wissen und Emotionalität?

5 Sehr viel häufiger liest man, in der Ökonomie spiele „die Psychologie“ eine zentrale Rolle. Das heißt mehr oder weniger das selbe, soll aber suggerieren, dass eine exakte Wissenschaft (die Psychologie) zur Verfügung stünde, so dass die Experten mit der Fiktionalität umgehen können. Genauer betrachtet sind eigentlich Vorgänge auf überindividueller, gesellschaftlicher Ebene gemeint. Gefragt ist deshalb eher die Soziologie.

tenden Gesellschaften dazu das älteste ihnen bekannte Metall ausgewählt haben, nämlich Gold. Im Zeitalter der Nationalstaaten hat man zwar an diese uralte Vertrauenskonstruktion angeknüpft (Goldstandard), im Kern musste allerdings der Nationalstaat als Vertrauensgarant auftreten, damit man vertrauen hat, wenn eine Zentralbank aus dem Nichts Geldwerte schöpft. Solange der keynesianische Wohlfahrtsstaat Vertrauen in die Zukunft repräsentierte, konnte der Schöpfung von Wert per Deficit Spending vertraut werden. Das ist spätestens seit dem Euro-Stabilitätspakt vorbei, obwohl die großen Industriestaaten natürlich weiter Deficit Spending betreiben und sogar immer noch kleinere Mengen Gold horten. In den neoliberalen Jahren hat man aber bevorzugt dem amerikanischen Traum vom Eigenheim vertraut und auf die US-Nachfrage nach Eigenheimen ein dynamisches Kreditgeschäft aufgebaut. U. a. mit der Hegemoniekrise des Neoliberalismus hat auch dieses Vertrauen Risse bekommen, so dass die Immobilienkrise zum Auslöser der Finanzkrise werden konnte. Die richtige und allgemein verfolgte Antwort auf die Krise besteht nicht darin, die angebliche Blase zu beseitigen, sondern darin, einen Ersatz zu schaffen. Der Ersatz ist das schon früher bewährte staatliches Deficit Spending, aktuell in Form der Rettungspakete, billiger Zentralbankkredite und Konjunkturprogramme. Ein zu Wenig an Geld würgt den Wirtschaftsaustausch ab, was bereits ein zentrales wirtschaftliches Problem des Mittelalters war. Die Finanzkrisen sind also überzeugender über das Vertrauensparadox zu erklären als marxistisch über die „immanente Krisenhaftigkeit des Kapitalismus“.⁶

In der Finanzkrise wird für alle offensichtlich, dass die Vertrauensfrage nicht den Finanzmarktprofis überlassen werden sollte, denn wir können offensichtlich nicht (weiter) denen allein vertrauen. Also sollen nach einhelliger Meinung die großen westlichen Staaten ran, denn in deren Macht vertraut man (nach der des Geldes) tendenziell am meisten. Deshalb ist sogar plausibel, der Staat könne Geldsummen in Rettungspakete stecken, die ihm offensichtlich gar nicht zur Verfügung stehen. Wer nach der kaum vorstellbaren Finanzierung der Fantasiesummen der Rettungspakete fragt, bekommt die – zutreffende – Antwort, diese würden ja gar nicht fällig, wenn das Vertrauen in die Märkte zurückkehrt. Die Katze beißt sich also wiederum in den Schwanz. In anderen Worten heißt dies, alles wird gut, wenn wir in die staatlich regulierte produktive Kraft unserer Gesellschaft vertrauen. Worin muss also letztlich vertraut werden? In die produktive Koordination der Gesellschaft. Gibt es einen spannenderen Ansatzpunkt für alle mit der Hoffnung, „eine andere Welt ist möglich“⁷? Die Linke könnte und sollte an dieser Stelle einhaken – statt wie eine Schallplatte mit Sprung an die gute alte Zeit von Bretton Woods⁸, Goldstandard u. ä. zu erinnern, als die Fragen rund um Geld und Werte noch einfacher beantwortet werden konnten (weil es eine engere Kopplung an die Autorität der großen Nationalstaaten gab).

6 Die marxistische Erklärung baut zudem auf die schlicht falsche Formel vom „tendenziellen Fall der Profitrate“ auf. Es gibt keinen Grund, warum die rein fiktive Größe der „Mehrwertrate“ bzw. „Ausbeutungsrate“ relativ starr sein sollte, statt sich parallel zur fiktiven Größe der „organischen Zusammensetzung“ zu bewegen bzw. durch verbilligte Warenpreise ausgeglichen zu werden. Unnötig aufwendig überprüft dies Michael Heinrich (1999) in „Die Wissenschaft vom Wert“ und kommt zu dem Ergebnis (S. 339): „Auf der von Marx gewählten Abstraktionsebene läßt sich demnach nicht nur kein Fallen der Profitrate begründen, sondern sogar ein tendenzielles Steigen.“. Erinnert werden sollte hingegen an eine grundlegendere Erkenntnis: „Die Bewegung des Kapitals ist [...] maßlos.“ (Das Kapital I. Band; MEW Bd. 23, S. 167).

7 Leitspruch von Attac.

8 Von 1944 bis 1973 geltendes globale Währungssystem.

Heute hat nämlich nicht nur die neoliberale Lehre an Vertrauen verloren, sondern auch der klassische Nationalstaat, und zwar schon seit Jahrzehnten. Wer vertraut schon heute noch darauf, dass die über nationale Parlamente repräsentierte Demokratie eine ideale Gesellschaftskoordination erzielt – man suche mal nach dem Engagement in den großen Parteien, welches nicht primär über Karriereerwägungen oder persönliche Einsamkeit motiviert ist; vom Negativimage von Politikern ganz zu schweigen. Und wenn eine Finanzwirtschaft unter der Kontrolle der heutigen Regierungen tatsächlich weniger anfällig wäre als bei Privateigentümern, warum haben dann die Landesbanken, KfW & Co keinesfalls geringere Verluste zu verzeichnen als Deutsche und Commerzbank?

Bankenregulierung, neue Transparenz- und Bilanzierungsvorschriften

Was ist davon zu halten, den internationalen Währungshandel mit einer Tobin-Steuer zu entschleunigen?⁹ Von strengeren Bilanzierungsregeln bei Banken, einer strengeren Bankenaufsicht und dem Verbot von Leerverkäufen, also der Spekulation auf fallende Kurse? Dass all dies kurz- bis mittelfristig helfen mag, ist schwer zu bestreiten. Damit wird dem Nationalstaat wieder eine stärkere regulative Funktion zugeschrieben (statt z. B. den privaten Ratingagenturen) und den Finanzmärkten der ein oder andere Klotz ans Bein gebunden, damit, so die Hoffnung, die „es nicht so übertreiben“. Damit ist bereits beantwortet, wie diese Maßnahmen wirken: Nämlich keinesfalls nachhaltig, nicht als ein dauerhaftes System, sondern als Bremse. Man will die Entwicklung an den Märkten bremsen, denn dauerhaft einfangen kann man sie nicht sinnvoll. Leerverkäufe sind lediglich ein vereinfachtes Verfahren, wie es die vielen Derivate, Terminbonds, Zertifikate ebenfalls sind. Auch ohne diese spezialisierten Papiere kann man Geschäfte abschließen, die genau so wie ein Leerverkauf, Termingeschäft usw. wirken – es ist nur etwas aufwendiger und beschäftigt mehr Wirtschaftsjuristen. Dass Banker immer wieder innovative Lösungen zur schnellen und preiswerten Abwicklung von Transaktionen entwickeln, ist letztlich ihre Aufgabe und nicht etwa ein Teufelswerk. Die meisten Nicht-Banker fänden es übersichtlicher und deshalb sympathischer, wenn Geld ein in seiner Wirkungsweise so einfach zu verstehendes Instrument wäre wie z. B. ein Hammer. Geld ist aber ein symbolischer Repräsentant der gesellschaftlichen Koordination.¹⁰ Wer eine komplexe Gesellschaft wünscht, in der neue Koordinationsformen entwickelt werden können, muss sich damit abfinden, dass auch die Vorgänge um das Geld komplex sind und dass immer wieder die Schöpfung von Geldwerten aus dem Nichts möglich ist.¹¹ Es gibt keine objektive Wertba-

9 Es handelt sich um eine kleine Abgabe auf Devisengeschäfte, aus der die Organisation Attac ihren Namen ableitet. Anders als bei früheren Krisen (Asienkrise 1997/98, Tequila-Krise 95/95) spielt Währungsspekulation bei der gegenwärtigen Finanzkrise keine zentrale Rolle.

10 Ein weiterer Repräsentant ist das (von der demokratischen Legislative erlassene) Recht. Weiter oben habe ich Geld als Repräsentant von Vertrauen in Austauschbeziehungen definiert, wobei der Fokus auf dem Wert von Geld lag. Hier ist gemeint, dass man finanzielle Transaktionen und Rechtsvorschriften als Indiz wertet, dass von ihnen betroffene gesellschaftliche Vorgänge einer expliziten Koordination bzw. Regelung unterliegen.

11 Die einzige mir bekannte konsequent ‚antikapitalistische‘ Bewegung waren die Khmer Rouge in Kambodscha. Sie haben das Geld abgeschafft und auch die zugehörige gesellschaftspolitische Konsequenz gezogen: die gewaltsame Auflösung der Städte und die mit Brutalität erzwungen Umwälzung Kambodschas in eine rein agrarische Gesellschaft. Bisher – von Ausnahmen wie dem Una-Bomber abgesehen – keiner Kapitalverbrechen schuldig ist die noch konsequentere utopisch-anarchistische Strömung des Primitivismus: Sie fordert die Rückkehr zur biologischen Ursprünglichkeit. Menschen unterlägen dann keiner politischen Herrschaft mehr, sondern nur noch der Gewalt und dem Sachzwang einer biologischen Natur.

sis, an die zu halten man die Banken zwingen könnte, wenn man ihnen „Transparenzregeln“ verordnet (vgl. oben zu den „Fundamentaldaten“). Bankenaufsicht, Tobin-Steuer & Co erzielen eine bürokratische Verlangsamung der Finanzwirtschaft und versuchen, sie wieder stärker national einzuhegen. Dadurch gibt man der Gesellschaft – einschließlich der Wertpapierhändler – mehr Zeit, sich an neue merkwürdige Vorgänge rund um das fiktive Gut „Geld“ zu gewöhnen. Daran, dass Banken aus dem Nichts Geld schöpfen können, indem sie mehr verleihen als bei ihnen an Guthaben hinterlegt ist, mussten sich die Deutschen insbesondere ab 1848 auch erst mühsam gewöhnen – heute gilt dies als solide, vertrauenswürdige Praxis etwa der spießigen kleinen Sparkassen und Raiffeisenbanken. Bankenregulierung und Tobin-Steuer sind also keine langfristigen oder nachhaltigen Antworten, v. a. wenn man dem autoritären Nationalstaat nicht mehr die Lösung der globalen Probleme zutraut.

Welche Antworten kann die Linke offerieren?

Es gibt erstaunlich wenige linke Antworten. Die marxistisch daherkommende Kritik spricht es nicht aus, ihre vermeintlich fundamentale Kritik „des Kapitalismus“ oder „der kapitalistischen Totalität“ hat aber eigentlich nur dann eine Schärfe, wenn man das Konzept der Planwirtschaft als Alternative sieht.¹² Das Problem mit der Planwirtschaft ist natürlich nicht nur die Art ihrer Umsetzung in UdSSR, DDR oder Cuba, sondern dass man die Koordination wesentlicher Austauschbeziehungen einer Gesellschaft einer kleinen Gruppe von Experten überlässt. Im modernen Finanzkapitalismus, in dem Wertpapiermärkte und Realwirtschaft eng verflochten sind, koordiniert letztlich auch eine relativ kleine Gruppe – nämlich die der angestellten Banker und Händler, immerhin ist diese Gruppe aber relativ offen, international vernetzt und in der Lage, Unmengen von Informationen zeitnah und flexibel zu verarbeiten. Nach der Finanzkrise interessiert sich die Welt für weitere Möglichkeiten. Anarchisten wie Michael Albert entwerfen weitere Modelle, die bezeichnender Weise anhand fiktiver Inselfituationen veranschaulicht werden und nur überschaubare Menschengruppen und einfache Produktionstechniken beinhalten. In solchen Gesellschaften verbringt man täglich Stunden diskutierend auf Sitzungen und Plena, aber angeblich ist eine Selbstbestimmung freier produzierender In-

12 Oder wenn man sich ein Denkverbot auferlegt, vgl. FN 3. 160 Jahre nach dem Kommunistischen Manifest und nach einer entsprechend hohen Anzahl von kapitalistischen Spielarten, die seitdem in den verschiedenen Regionen der Welt sehr unterschiedlich funktioniert haben, ist die Rede von „dem“ Kapitalismus nicht mehr ernst zu nehmen. Wer, wie in der Linken üblich, lieber von „Kapitalismus“ als von „Marktwirtschaft“ spricht, signalisiert damit zwar irgendwie eine wirtschaftskritische Haltung. Das ändert aber nichts daran, dass die Vokabel „Kapitalismus“ analytisch eher in die Irre führt: Sie nährt den nie direkt ausgesprochenen Mythos, um 1750 sei in England eine Gesellschaftsordnung entstanden, die ein bis heute unverändertes abstraktes Grundprinzip aufweise. Aus jenem stabilen Grundprinzip – etwa dem Wertgesetz – ergibt sich die Formbestimmung aller wesentlichen gesellschaftlichen Phänomene, so die meist unterschwellige, in jedem Fall aber extrem unterkomplexe Grundidee. Dieser ausgesprochen unhistorischen und eurozentristischen Vorstellung zufolge ist die flämisch-niederländische Handelsökonomie des 15. und die chinesische Wirtschaft des 11. Jahrhunderts noch kein Kapitalismus. Lassen sich aber Phänomene mit offensichtlich unterschiedlicher Entwicklungsdynamik wie rationalistische Geisteshaltung und Individualismus (Weber, Sombart), das Aufkommen von Nationalstaat, Bürokratie, Großunternehmen und fossilen Antriebsenergien auf ein bis heute unverändertes Grundprinzip zurückführen? Die Vokabel „Kapitalismus“ verstellt häufig den Blick auf viele ungeklärte Fragen, etwa: Ist das Privateigentum an Produktionsmitteln noch prägend, wenn Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften die Unternehmen besitzen? Unterliegt die Mehrzahl der heutigen Unternehmen – etwa Handwerksbetriebe, Altenheime oder Kanzleien – einer Logik der Akkumulation von „Kapital“ und oder doch eher einer des Einkommens? Verändern sich Produktionsverhältnisse durch Outsourcing an echte und Scheinselbstständige?

dividuen der Lohn. Man fragt sich allerdings, ob komplexere Gesellschaften als eine anarchische Inselcommunity vielleicht eine gewisse Menge abstraktere und automatisierte Abstimmungsverfahren benötigen, also Kennzahlensysteme und Koordinationsknotenpunkte, mit anderen Worten Märkte und Börsen?

Für die Suche nach „einer neuen Wirtschaftsordnung“ (eine solche verkündete Kanzlerin Merkel am 15. 10. 08) schauen die meisten Linken wie Rechten deshalb lieber auf den Nationalstaat und wie alles in den goldenen 1960er Jahren funktioniert.

Das klassische Modell von Markt und korrigierendem Staat

Klassisch wird die moderne kapitalistische Welt über ein eindimensionales Medium und eine Korrekturinstanz gesteuert.¹³ Die eindimensionale Bewertung der jeweils an einen Nationalstaat gekoppelten Währung erfolgt über den Markt. Der per repräsentativer Demokratie gesteuerte Staat wiederum korrigiert die Eindimensionalität über rechtliche Rahmenregeln, Steuern und den Staatshaushalt und ermöglicht etwas mehr Wohlfahrt, Bildung und Kultur. Welche Mittel hat er dazu?

Enge rechtliche Regelvorgaben, mit anderen Worten also Bürokratie, gelten nicht ganz zu unrecht als flexibilitätsverhindernd. Man kritisiert, dass sie (z. B. auf EU-Ebene) übermäßig stark von den Interessen großer Lobbygruppen bzw. Machtblöcken bestimmt werden. Ein weiteres klassisches Steuerungsinstrument sind die Steuern. Die Versuche, gesellschaftliche Vorgänge über steuerliche Sonderregeln zu beeinflussen, haben nach allgemeiner Auffassung zu massiven Mitnahmeeffekten geführt. Außerdem ist es zu einer abstrusen Verkomplizierung der Steuergesetze gekommen – das ist kein Mechanismus, dem wir vertrauen können. Ferner gilt auch die klassische politische Steuerung über den Haushalt als veraltet. Die Kameralistik der öffentlichen Haushalte ist tatsächlich hemmend gegenüber Innovationen und engagierten Initiativen. Moderne Wahlkämpfe zeigen, dass wir die komplexen politischen Themen nicht mehr in die traditionellen (Partei-) politischen Schubladen gepresst bekommen, die uns die westliche Demokratie anbietet. Statt wirklich politisch zu entscheiden wird in erster Linie ein Vertrauensproblem bearbeitet. Der politische Betrieb versucht uns nur noch einzelne Starpersönlichkeiten zu offerieren – Mc Cain oder Obama, Schröder/Fischer oder Westerwelle/Merkel. Wir entscheiden nur noch, welcher Repräsentant uns vertrauenswürdiger erscheint, obwohl es doch eine der Öffentlichkeit unbekanntere mittlere Arbeitsebene ist, die alle wesentlichen Entscheidungen und Arbeiten erledigt.¹⁴ Schließlich: Auch das fordistische Sozialsystem kommt nicht mehr zurück, zum Glück. Nicht erst die Agenda 2010 hat es in ein entwürdigendes Schikanensystem verwandelt. Der klassische Nationalstaat mit repräsentativer Demo-

13 Ich folge hier der verbreiteten soziologischen Auffassung, dass Geld bzw. Finanztransaktionen letztlich als ein Kommunikationssystem aufgefasst werden können. Wenn A Brötchen für B und C backt und in seinem Backshop aushändigt, B für C und A die Autos repariert und C die Kinder von A und B unterrichtet, wird dies u. a. über das symbolische Medium von Zahlungen bzw. von Geld koordiniert – und zwar mit relativ geringem Verständigungsaufwand, solange A, B und C ihrem symbolischen Austauschmedium (Geld) vertrauen.

14 Die Direktwahl von Polizeipräsidenten, Staatsanwälten usw. wie in den USA hilft hier auch nicht nennenswert weiter.

kratie, wie ihn sich noch das Grundgesetz vorstellt, bedarf sehr umfassend gleichgeschalteter Menschengruppen. Die aber gibt es heute nicht mehr.¹⁵

Also sind wir alle ein bisschen neoliberal geworden, und das ist gut so: Nicht nur Wirtschaftsliberalismus, sondern auch das Aufbegehren von 68 haben das Normalarbeitsverhältnis, Patriarchat und weitere autoritäre Unterordnungsverhältnisse¹⁶ aufgebrochen. Und nicht zuletzt gibt es positive Aspekte von Globalisierung, die die traditionellen nationalen Steuerungsinstanzen überfordern, darunter das viel bemühte Internet.

Eine komplexe Welt ist nicht eindimensional steuerbar

Im Folgenden will ich Umriss einer weiteren Möglichkeit skizzieren. Marktähnliche Mechanismen lehne ich dabei überhaupt nicht ab. Vielmehr halte ich es für unumgänglich, dass eine komplexe Weltgesellschaft teilweise abstrakte, mit Zahlen operierende Koordinationsmedien verwendet und dass es in ihr automatisierte Bewertungsverfahren gibt (das sind mehr oder weniger Märkte). Gleichzeitig ist die linke Kapitalismuskritik, so lächerlich sie in weiten Teilen auch daherkommen mag, ganz und gar nicht erledigt – die von ihr benannten Probleme sind ja gerade heute offensichtlich.

Klassisch sozialdemokratisch lassen sich diese Probleme nicht lösen: Wenn die menschliche Gesellschaft immer komplexer, vielfältiger und vernetzter wird, kommen die politischen Mechanismen zur Korrektur der ökonomischen Marktprozesse immer weniger hinterher. Die – im besten Fall sogar demokratische – Politik gerät mittelfristig ins Hintertreffen, da sie die Komplexität nicht bewältigen kann. Kritik an einer Staatlichkeit, die als nationaler Korrekturbetrieb zur Ökonomie angelegt ist, ist deshalb berechtigt. Ich meine, die Neoliberalen hatten recht, dass der national-bürokratische Staat mit einer pluralen und global dynamischen Menschheit überfordert ist. Bloß weil die neoliberale Staatskritik z.T. übertrieben war und penetrant ideologisiert daher kam, muss man die kritisierte Staatlichkeit noch lange nicht verteidigen. Unsinnig war nur die neoliberale Logik, wenn der klassische Staat versagt, könne die klassische Privatwirtschaft alles lösen. Aber allein auf Profitgier lässt sich kein menschenwürdiges Gemeinwesen aufbauen.

Wie ich versucht habe zu zeigen, hängt der wirtschaftliche Austausch davon ab, dass wir in eine gut funktionierende Zukunft vertrauen – symbolisiert wird dies in der fiktiven Größe Geld. Kurzfristig gibt es keine pragmatischen Alternativen dazu, dass die Zentralbanken wie früher an der Stelle des eingebrochenen Interbankenhandels einspringen, dass die Staaten die

15 Da, wo die moderne Staatlichkeit einmal abgerissen oder nie aufgebaut wurde, gelingt es heute Heerscharen westlicher Berater mit milliardenschweren Hilfspaketen nicht, sie wieder auf die Beine zu stellen. Für die zunehmende Zahl solcher Fälle von Bosnien, Kosovo und Osttimor über Afghanistan, Somalia und Kongo fehlt es auch den Analysten aus Hunderten Stiftungen und Hochschulen an überzeugenden Ideen. Es ‚fehlt‘ also nicht nur an einem homogenisierten Staatsvolk. Mangelware ist auch das Vertrauen, dass staatliche Regulierung und die Gleichschaltung zu einem Staatsvolk allen Betroffenen zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen.

16 Unterordnungsverhältnisse, einschließlich der Diskriminierung von Homosexualität, auf die das „und das ist gut so“ anspielt, sind einen ganzen Stück weit aufgebrochen, aber nicht beseitigt. Einzelne Autoren sehen u. a. das Normalarbeitsverhältnis im Kern als intakt an, da die Zahl der Vollzeitjobs in Deutschland relativ stabil sei und nur die Zahl der zusätzlichen Teilzeitjobs explodiert sei.

Immobilienblase wie früher üblich durch eine Kreditblase ersetzen, dass die Bankenaufsichten wie früher wieder die von den Ratingagenturen übernommene Aufgabe übernehmen u. s. w.¹⁷

Aber ist nicht genauso offensichtlich, dass der Nationalstaat auf Dauer unser Vertrauen in unsere weltweite Zukunft nicht tragen kann? Die neoliberale Kritik an staatlicher Regulation hat sich durch die Finanzkrise also noch nicht vollständig erledigt. Wie verhindert man nun mittelfristig und über die aktuelle Krise hinaus, dass der Nationalstaat als Korrekturbetrieb wieder zunehmend in die Kritik gerät und Vertrauen verliert? Oder wenn man berechtigte Kritik an Staatsbürokratie sogar teilt, spielt man damit nicht dem Neo-Neoliberalismus in die Arme, der zweifellos in nächster Zeit erfunden wird? Lässt sich in komplexen, globalen Gesellschaften auf Dauer vermeiden, dass sie zunehmend eindimensional und sogar dysfunktional koordiniert werden? Dass man die komplexe Frage nach menschlicher Lebensqualität nicht mehr beantworten kann und deshalb lieber weiter den one-dimensional man (Marcuse) bzw. den Homo oeconomicus (Neoliberalismus) heranzuzüchten versucht?¹⁸

Mein Vorschlag ist, deshalb die Welt mehrdimensional mit themendimensionalen Währungen zu koordinieren (statt mit nationalen Währungen). Die Idee dabei ist, nach einem vielseitigen, aber trotzdem verständlichen Regulierungsmodell zu suchen. Das klassische Modell vom einen Markt mit korrigierendem Staat ist nämlich überreizt.¹⁹

17 Eine übliche linke Kritik lautet, wenn auf ein Mal Milliardensummen für die Banken zur Verfügung stehen, warum dann nicht auch für Harz IV-Empfänger, Kinderbetreuung und Jugendprojekte? Politisch gesehen ist diese Frage interessant, analytisch gesehen ist die Antwort auf die Frage interessanter: Offensichtlich sind durch die Finanzkrise weltweit eingespielte Austauschbeziehungen aus dem Tritt geraten und stocken plötzlich. Ausdruck davon ist, dass von dem (fiktiven) Austauschmittel, nämlich Geldwert, plötzlich tausende Milliarden ins Nirgendwo verschwunden sind. Die Ursache ist fehlendes Vertrauen. Um das Vertrauen zurück zu holen, versucht sich die Politik daran, künstlich wieder jenen Zustand herzustellen, als die (Finanz-) Welt scheinbar noch in Ordnung war und das Vertrauen in sie berechtigt. Dieser Lösungsansatz ist also bereits in sich gesehen gar nicht auf Nachhaltigkeit angelegt, sondern Vergangenheitsbezogen. Denkbar ist aber trotzdem, dass die künstliche Nachbildung eines vergangenen Zustands erst einmal weiterhilft: Also ersetzt man die durch die Krise im Nirgendwo verschollenen Geldwerte, indem man sie da herholt, wo sie verschwunden sind: aus dem Nichts. Die staatlichen Rettungspakete schöpfen Geld aus dem Nichts, was, wenn wir alle in diese Maßnahme vertrauen, tendenziell auch von Niemandem später mal bezahlt werden muss. Und wenn Finanzmittel und Vertrauen wieder zurückgekehrt wären, könnten die stockenden Austauschbeziehungen wieder genauso wie vor der Krise fortgeführt werden. Eine ganz andere Verteilung der Finanzmittel, etwa mehr Geld für Arme, Kinder und Umwelt, kann nur dann Vertrauen schaffen, wenn es auch vertrauenswürdige Ideen gibt, wie eine gegenüber Armen, Kindern und Umwelt gerechtere Welt auch tatsächlich funktionieren könnte. An einer solchen Idee versuche ich mich hier. Im Unterschied dazu erklärt die keynesianische Idee lediglich, in der Krise helfe pauschal das Ankurbeln von Konsum. Dazu kann man zwar den Armen Geld geben, keynesianisch gesehen ist aber genauso sinnvoll, wenn man allen Führungskräften im Land einen neuen Mercedes oder Opel als Dienstfahrzeug subventioniert. Außerdem ist das Vertrauen in Keynesianische Lösungen nicht nur aufgrund von neoliberaler Gräuelpropaganda angeknackst.

18 Aktuell versucht man die Rettung von Gemeinwohlorientierung durch die steuerliche Subventionierung von Spenden sowie über Förderprogramme für Ehrenamt oder so genanntes Corporate Social Responsibility. Dabei werden diese Maßnahmen selbst wiederum kommerzialisiert. Zunehmend instrumentell ausgerichtet, etwa als professionalisiertes Fundraising, nimmt uns das Charity-Business die Anstrengung eigenen Engagements gleich wieder ab bzw. erlaubt uns die Reduzierung unserer Rolle auf Zahlungsvorgänge. Die werden wiederum effizient in allgemeine Verwertungszusammenhänge eingegliedert.

19 Fast alle denkbaren Mischungsverhältnisse auf der Achse Staat – Markt wurden schließlich bereits ausprobiert, ob nun Neoliberalismus, sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat, chinesisch-autoritärer Kapitalismus oder realsozialistische Planwirtschaft.

Zugangsversuch 1

Der CDU-nahe Soziologe Niklas Luhmann war der Meinung, dass sich in der Gesellschaft Bereiche mit ganz eigener Logik herausgebildet haben, etwa die Bereiche Kunst, Erziehung und Wissenschaft. Wenn heute eine betriebswirtschaftliche Logik auf Wissenschaft und Co übergreift und ihre Kriterien auf fremdem Terrain durchsetzt,²⁰ dann ist das in dieser Perspektive ein Rückschritt. Die notwendige Ausdifferenzierung der Gesellschaftsbereiche wird dadurch gefährdet. Wenn die Politik offensichtlich Wissenschaft und Co nicht länger abschirmen kann, dann brauchen Wissenschaft, Kulturproduktion und Co ein eigenes Gewicht.

Grundzüge des von mir vorgeschlagenen Lösungsansatzes sind übrigens auch aus der Steuerung großer Unternehmen bekannt. Eine enge Renditeorientierung garantiert nämlich nicht unbedingt eine gute Unternehmensentwicklung. Das Instrument der Balanced Scorecard versucht eine nachhaltige Steuerung möglich zu machen, indem es eine gemeinsame Verständigung über Ziele zum Ausgangspunkt macht. Dann werden mehrere Zahlensysteme für unterschiedliche Entwicklungsdimensionen entworfen, mit deren Hilfe eine ausgewogene Gesamtkoordination erreicht werden soll.²¹

Jede Steuerung über Kennzahlen hat natürlich eine problematische Seite. Egal wie ausgefeilt und komplex ein Zahlensystem sein mag, von einer beliebigen sozialen Realität kann es immer nur einen winzigen Ausschnitt abbilden – und das zudem niemals politisch neutral. Wichtige qualitative Aspekte von Kultur, Sozialsystem, Bildung u. s. w. lassen sich nicht quantifizieren. Wenn das vergessen wird, führt die Kennzahlensteuerung zu einer Vereinseitigung und zu Enthumanisierung. Allerdings kommt nicht um verallgemeinerte Abstimmungsmechanismen herum, wenn in einer globalisierten Welt Menschen mit unterschiedlichen Sprachen in komplexen Situationen zusammenwirken wollen. Wichtig ist, solche Abstimmungsmechanismen bewusst und unter Beteiligung der Betroffenen zu gestalten, wozu u. a. das Internet viele neue demokratische Möglichkeiten bietet. In Gesellschaftsbereichen, in de-

20 In einer systemtheoretisch eingeteilten Welt lässt sich beobachten, dass das „symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium“ der Wirtschaft – nämlich Geld – das am weitesten gehend weltweit generalisierte Erfolgsmedium ist. Die Medien anderer Teilbereiche, etwa Macht (Politik) oder Wahrheit (Wissenschaft), erreichen den Generalisierungs- und Abstraktionsgrad von Geld aber gar nicht, sondern werden von Systemtheoretikern nur parallel beschrieben. Hier könnte eine Ursache für das Übergreifen der ökonomischen Logik auf andere Teilbereiche liegen (welches die Systemtheorie so nicht vorsieht), aber auch ein Ansatzpunkt für das Zurückdrängen der damit einher gehenden Eindimensionalität.

21 Neben den Shareholdern erhalten die Perspektiven der Kunden, der Mitarbeiter und der Blick auf die internen Prozesse ein eigenständiges Gewicht. Für eine Balanced Scorecard (BSC), also ein ausbalancierendes Kennzahlensystem, können auch andere Dimensionen ausgewählt werden, um bspw. eine ausgewogene Darstellung der Leistung eines Unternehmens im Non-Profit-Bereich zu finden. Interessant ist hier ferner, dass die Indikatoren bzw. Zahlensysteme, die für die unterschiedlichen Dimensionen verwendet werden, ganz unterschiedlich berechnet sein können. Um etwa die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit mit einander dynamisch in Beziehung zu setzen, können beide durchaus mit unterschiedlichen Rechenweisen, Schwellenwerten u. s. w. in Zahlen dargestellt werden. Bei Privatunternehmen bleibt allerdings meist die Finanzperspektive dominant und im Non-Profit-Bereich fördert die BSC z. T. die Ökonomisierung bzw. Monetarisierung – immerhin gibt es ja vor der Einführung keine dominante Profitorientierung, die durch das Instrument relativiert werden könnte. Beide Probleme sind hier kein Gegenargument: In unserer Gesamtgesellschaft gibt es eine dominante und zu relativierende Profitorientierung bereits. Ferner hat eine Gesamtgesellschaft im Unterschied zu einem Privatunternehmen keine äußere wirtschaftliche Umwelt, die erzwingen kann, dass für BSC ausgewählte Leistungsdimensionen vernachlässigt werden (Privatunternehmen stehen unter dem Druck externer privater Geldgeber, die primär nur die Finanzdimension der BSC interessiert).

nen kein Koordinationsmechanismus bewusst gestaltet wurde, können die Beteiligten auch niemandem erklären, inwiefern ihr Bereich überhaupt sinnvoll organisiert ist. Deshalb wird es die betriebswirtschaftliche Finanzlogik immer leicht haben, sich dort eine Rolle anzumaßen, die ihr sachlich gesehen überhaupt nicht zukommt.

Davon unberührt bleibt das Problem, ob Kennzahlensysteme dazu beitragen, dass Menschen instrumenteller mit einander umgehen. Selbst wenn Kennzahlen auf solidarische Ziele ausgerichtet sind, könnten sie einer praktisch und flexibel gelebten Solidarität im Weg stehen. Das passiert, wenn Menschen nur noch die Kennzahl optimieren wollen und darüber die Bedürfnisse ihres sozialen Umfelds vergessen. Es ist also nicht wünschenswert, dass Menschen ihr Handeln allein an einem Kennzahlen- bzw. Vergütungssystem ausrichten, aber das ist zum Glück auch gar nicht realistisch: Menschen entsprechen nicht dem wirtschaftswissenschaftlichen Modell des Homo oeconomicus, der immer kühl seinen Nutzen maximiert. Praktisch vermischen Menschen fast immer egoistisch-instrumentelle, solidarische und andere Motive. Zur ideologischen Basis des modernen Kapitalismus gehört allerdings die Vorstellung, in einem Gesellschaftsbereich, nämlich der Wirtschaft, solle ausschließlich der kühle Eigennutz und die quantitative Optimierung das Heft führen. Spiegelbildlich hat diese Ideologie Gesellschaftsbereiche erfunden,²² in denen instrumentelle Motive seitdem anrühlich sein sollen, darunter die Bereiche Kunst, Wissenschaft, Liebesbeziehungen und Reproduktion in der Kleinfamilie. Ideologisch gehört also zusammen, wenn instrumentelle Erwägungen im Bereich von Kunst und sozialer Reproduktion geächtet werden und wenn der Neoliberalismus behauptet, das Wirtschaftsleben sei allein über konsequenten Eigennutz und Profitstreben zu organisieren.²³ Der linke französische Soziologe Pierre Bourdieu stellt in seinem Werk umfassend dar, dass soziale Ungleichheit gerade über die Behauptung zementiert wird, Bildung, Kunst u. s. w. funktionierten (am besten) interesselos und ohne instrumentelle Erwägungen. Eine positive soziale Dynamik erhofft sich Bourdieu primär davon, dass man offen und transparent verhandelt, wie jene Gesellschaftsbereiche funktionieren, die nicht zur klassischen Ökonomie gehörend. Wer hingegen nicht offenlegen will, mit welchen Mechanismen auch außerhalb des Bereichs der klassischen Ökonomie Interessen verfolgt werden, verschleiert Bourdieu zufolge, wie Privilegierte ihre Privilegien vererben und wie sich soziale Herrschaft gegen soziale Kritik immunisiert.²⁴

22 Im Wesentlichen hat sich das in den Industriestaaten im 19. Jahrhundert, also zur Zeit Marx' vollzogen, damals allerdings teilweise noch unter Ausschluss der Arbeiter, die heute Teil der bürgerlichen Kultur sind. Heute regt allerdings auch nicht mehr so auf, wenn Kunst, Wissenschaft oder Liebe verkauft werden.

23 Wenn der Neoliberalismus wie beschrieben vorher fremdes Terrain dem klassischen ökonomischen Kalkül unterwirft, dann kann er mit der konservativen Behauptung, auf diesen Terrains sei eigentlich gar kein Kalkül statthaft, zwar durchaus gebremst werden. Unrealistisch ist aber, den Neoliberalismus auf diese Weise zurückzudrängen. Die Idee, es gebe einen Gesellschaftsbereich ohne instrumentelle Motive, rechtfertigt das ausschließliche Regiment des Eigennutzes in anderen. Außerdem ist vorprogrammiert, dass die Gesellschaft immer jenem Gesellschaftsbereich die größere Bedeutung zumisst, mit welchem instrumentell Ziele erreicht werden können.

24 Relativ bekannt ist Bourdieus Herangehen, neben dem ökonomischen Kapital auch kulturelles, soziales, u. a. Kapital zu identifizieren. Die politische Dimension seines Ansatzes besteht darin, dass man u. a. mit Zahlen darstellt, wie der Kultur- oder Bildungsbereich instrumentell funktioniert. Dann sollen die Benachteiligten fairere Spielregeln durchsetzen können. Bourdieus „kulturelles Kapital“ u. s. w. ist natürlich etwas deutlich anderes als die vorgeschlagenen dimensional Währungen. Ich beziehe mich nur auf das Argument, man solle die instrumentelle Funktionsweise von nicht-ökonomischen Bereichen offenlegen. Dieses Argument ist für den Ansatz Bourdieus von zentraler Bedeutung.

Zugangsversuch 2

Ziel aller sozialistischen und kommunistischen Bewegungen war in gewisser Weise die Vervollständigung der Versprechen der französischen Revolution. Neben eine rein formal bleibende rechtliche Gleichberechtigung solle auch eine tatsächliche treten. Die Freiheit, einen Porsche im Wert von 200 000 € zu besitzen, haben nur jene, die 200 000 € ausgeben können. Für einen an der Subsistenzgrenze wirtschaftenden und überschuldeten indischen Bauern existiert die Ausreisefreiheit nur auf dem Papier, ebenso wie die Berufsfreiheit Schriftsteller oder Börsenmakler zu werden. Trotzdem hat sich nie die Einsicht durchgesetzt, dass materieller Wohlstand den Charakter besonderer Vorrechte hat. Offensichtlich hat ein Reicher das Recht, am Wochenende zum Shopping nach New York zu jetten, in einem Stadtteil und Haus seiner Wahl zu wohnen und seinen Butler dazu zu nötigen, sich vor ihm zu verbeugen oder sonst wie zu entwürdigen. Ohne Verfügung über viel Geld gibt es diese Rechte nicht, und das ist offensichtlich ungerecht.

Warum glauben Menschen, dass sie unter rechtsstaatlichen Bedingungen leben, wenn es derart offensichtliche Ungerechtigkeiten gibt? Als wichtigste Ursache sehe ich eine naturalisierte Auffassung von Geld. Man glaubt unzutreffender Weise, hinter Geld stehe eine vorher erbrachte Leistung²⁵ und vergisst darüber hinaus, dass nur ein geringer Ausschnitt der wesentlichen gesellschaftlichen Leistungen überhaupt mit Geld honoriert wird. In einer Gesellschaft, die primär nur den Pol einer Geld schaffenden Ökonomie und den Pol eines politisch korrigierenden Staates wahrnimmt, ist dieser Irrtum vorprogrammiert. Man erkennt nicht, dass es eine letztlich rein politische Frage ist, ob ein leitender Manager einer Bank mehr als eine Supermarktverkäuferin verdient. Das Politische ist man nur auf der Seite des Staates zu erkennen gewohnt, während die Vorgänge in der Ökonomie als naturwüchsig missverstanden werden. Wenn Geld nur noch eine von mehreren politisch gestalteten Währungen wäre, verlöre die Ökonomie diese Sonderstellung. Endlich würde erkennbar, dass die Basis für alle Bewertungen in allen Gesellschaftsbereichen nur gemeinsame Verständigungsformen sind, dass man sich also verständigen muss. Momentan in der Finanzkrise sehen wir das etwas einfacher als sonst.

Im Übrigen kommt man auch leichter vom eurozentristischen Irrtum absoluter Menschenrechte los, wenn man Konsum-, Bildungs-, kulturelle und weitere Rechte in ein gemeinsames Koordinationsnetz einordnet. Seit – überwiegend konsequenzlos – absolute Rechte auf unverehrtes Leben, Wohnen usw. für die Welt verkündet worden sind, hat sich eine historisch beispiellos große Ungerechtigkeiten zwischen den Menschen der Welt etabliert. Die leere Be-

25 Der tragische Beitrag der Linken zur Leistungsideologie kommt über das Festhalten an der von Marx übernommenen Arbeitswertlehre zustande. Ein schlimmes Eigentor ist ferner die unhaltbare Interpretation der marxischen Figur des „Mehrerts“ als eine reale Größe (m.E. ist „Mehrwert“ nur als Argumentationsfigur brauchbar, etwa um Unterschiede zwischen Güter- und Arbeitsmärkten zu verdeutlichen). Diffus an solche marxistischen Vorstellungen andockend glaubten Gewerkschaften, die Gehaltsforderungen ihrer Mitglieder pseudoobjektiv unterfüttern zu können. Die Kernbelegschaften in den Industriestaaten stehen aber heute zu recht nicht mehr als ausgebeutete da. Als eine Form von Rentiers auf ABM-Positionen verteidigen sie ihr Anrecht auf einen überdurchschnittlich günstigen Status gegen Hunderttausende, statt diese im Kampf für ein ähnlich angemessenes Niveau zu unterstützen (zu dieser Sichtweise vgl. Paolo Virno: „On the Parasitic Character of Wage Labor“ in *SubStance* 1/07, S. 36-42). Auch die jüngeren Revolten der Mittelschichten und etablierten Gewerkschaften von Bolivien, Thailand oder Venezuela zeigen, dass der Mehrwert heute nicht mehr primär durch die Abschöpfung der Subalternen entsteht. Letztere würden die aufmüpfigen Wohlstandsbürger gern von ihrem Gemeinwesen abspalten, wenn die Armen auf die Idee kommen Sozialpopulisten ins Präsidentenamt zu wählen.

hauptung absoluter Menschenrechte hat dieser Entwicklung eher Flankenschutz gegeben als sie zu bremsen. Globale soziale Rechte sind also nicht über pauschale Rechtstitel („Recht auf eine würdige Arbeit“ usw.) durchsetzbar,²⁶ sondern indem die Wahrnehmung von Rechten auf mehreren Dimensionen international koordiniert wird.²⁷

Anstelle von rein formalen und materiell leeren absoluten Rechten ist es gerecht, wenn man Rechte nach Beteiligungsgrad gewährt, solange jeweils ein Mindestniveau und eine Höchstgrenze ausgehandelt werden. Auf der ökonomischen Dimension impliziert dies ein Grundeinkommen²⁸ und eine Kappungsgrenze sowohl bei Einkommen, als auch bei Vermögen.²⁹

26 Absolute Rechtstitel werden natürlich rechtlich konkretisiert und erlangen dadurch dann auch eine konkrete Wirkung. Die z. B. in Deutschland verfassungsrechtlich garantierte Menschenwürde setzt sich für Betroffene um, wenn Gerichte zu der Einschätzung kommen, erst ein höherer Harz-IV-Satz ermögliche die würdige Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben. Das Ergebnis mag im Einzelfall positiv sein, aber genau betrachtet haben die Juristen gar kein juristisches Instrumentarium, um solche Angemessenheitsfragen zu beantworten. Juristen argumentieren mit der inneren Stimmigkeit von Rechtsprechung und bringen so hin und wieder die formale Gleichberechtigung von Frauen, Schwarzen u. s. w. voran. Insgesamt orientieren sie sich aber immer an früheren Regelungen und bringen so ein konservatives Moment in die Herrschaftsausübung. Wenn die Parteipolitik überstürzt privatisieren und Soziales abbauen will, wird sie hier und da von der Rechtsprechung gebremst. Wer ganz konkret mehr soziale Rechte durchsetzen will, kann ganz ähnlich durch Rechtsprechung ausgebremst werden. Die Linksregierungen in Bolivien und Venezuela versuchen deshalb, parallel zur Sozialpolitik jeweils auch die Verfassung zu ändern. Die soziale Sprengkraft liegt darin, wenn weit über das Justizwesen hinaus in der Gesellschaft diskutiert wird, was die konkrete Bedeutung von abstrakten Gerechtigkeitsprinzipien sein könnte.

27 Der erste Schritt ist natürlich nicht die Koordination der Wahrnehmung von Rechten, sondern dass man sie einfordert.

28 Die Gewährung von Grundeinkommen erfordert natürlich, dass irgendwo entsprechende Beiträge wieder eingesammelt werden. Die Kappungsgrenzen werden dazu nicht ausreichen. Der Grundgedanke von Götz Werner (www.unternimm-die-zukunft.de), dafür Konsumverbrauch und nicht Leistungsbeiträge zu besteuern, ist systematisch gesehen überzeugend. Ohne Kappungsgrenzen beim Vermögen und Einkommen überzeugt er verteilungspolitisch allerdings nicht. Einleuchtend erscheint mir, nicht gesellschaftliche Beiträge, sondern nur den vernichtenden Verbrauch mit einer Abgabe zu belegen. Steuerpflichtig wäre dann der Verbrauch von materiellen Gütern und von Verschmutzungsrechten (vgl. folgend). Wenn der Konsum von Dienstleistungen ausgeklammert würde, minimiert sich das Problem, dass Selbstständige eine Mehrwertsteuer teilweise umgehen können. Diesen Themenkomplex habe ich noch nicht fertig durchdacht.

29 Vergleiche dazu den Vorschlag der „Gerechtigkeitsformel 20-10“ von Christian Felber: „Die höchsten Einkommen dürfen nicht mehr betragen als das 20fache der Mindestlöhne. Niemand soll mehr aneignen dürfen als 10 Millionen Euro“. http://www.christian-felber.at/artikel/The_other_Davos_Christian_Felber.rtf. Heute schlägt sogar der konservativ-neoliberale Finanzminister Steinbrück vor, Gehälter von Bankmanagern bei maximal 500000 € zu deckeln und nach einer Forsa-Umfrage von November 2008 befürworten sogar 69 % der Führungskräfte eine Gehaltsgrenze (<http://www.capital.de/unternehmen/100016757.html>). Felber und Steinbrück argumentieren u. a. mit Kategorien wie Anstand und Sittlichkeit, was ich in diesem Zusammenhang eher falsch finde. Ob Herr Ackermann unanständig konsumiert, sollte uns egal sein. Allerdings steht die Frage nach einer maximalen Einkommensdifferenz m. E. automatisch auf der Tagesordnung, wenn Einkommen offen politisch verhandelt werden und nicht als „naturgegeben“ verklärt werden. Da Geld keine wertstabile Größe ist, macht das Festlegen konkreter Summen wenig Sinn, wohl aber das Festlegen maximaler Differenzen. Die Maximalrelation von Einkommen und Vermögen folgt nach meiner Interpretation dem Differenzprinzip des Moralphilosophen John Rawls: Gesellschaftliche Ungleichheiten können nur dann gerechtfertigt sein, wenn und soweit sie auch dem am schlechtesten gestellten Mitglied der Gesellschaft noch zum Vorteil gereichen. Eine solche Relation sorgt dafür, dass die Topverdiener ein Interesse an einer Verbesserung der Einkünfte der Ärmsten haben. Gegenüber Felber erscheint mir die weitere Präzisierung wichtig, denn der Mindestlohn ist zwar ein sympathisches sozialpolitisches Instrument des Industriezeitalters, seinerseits aber mit einer anderen Ungerechtigkeit verkoppelt: Für einen Mindestlohn müssen bestimmte Arbeiten,

Zugangsversuch 3

Es gibt gravierende Probleme auf einzelnen gesellschaftlichen Dimensionen, die sich gemeinsam lösen lassen, aber kaum einzeln und für sich genommen:

Ökonomie: Eine mengenmäßig ausreichende Produktion, um 6 Milliarden Menschen mit Nahrung, einfacher Unterhaltungselektronik und digitalen Kulturangeboten zu versorgen, ist prinzipiell kein Problem. Allerdings versagt unsere Ökonomie in der Rolle als zentraler Verteiler von Konsumchancen – nicht nur weltweit, sondern bspw. auch in Deutschland. Dies ist um so offensichtlicher, wenn nicht mehr selbstverständlich von der Mitversorgung von Alten, Kindern und Ehepartnern in der Kernfamilie über den „Familienernährer“ ausgegangen wird. Nur eine Minderheit der Deutschen erzielt eigene Arbeitseinkommen. Die Wirtschaft bietet noch weniger Arbeitsplätze, von denen alleine man leben könnte. Die „Arbeit geht aus“ während soziales Engagement parallel fehlt. Aus der Existenz struktureller Dauerarbeitslosigkeit in nahezu allen Industriestaaten seit mindestens drei Jahrzehnten werden erstaunlich wenige Konsequenzen gezogen. Das falsche Ideal einer „Vollbeschäftigung“ trägt sogar eher zur Rechtfertigung der Diskriminierung derer ohne Arbeitsplatz bei als zur Organisation würdiger und fairer Möglichkeiten für alle. Kombilohnmodelle produzieren gewaltige Mitnahme- und Verdrängungseffekte zulasten von normalen Arbeitsplätzen. Gleichzeitig besteht kein Mangel an sinnvoll zu erledigender Arbeit. Diese weiteren, über klassische Wirtschaftsstrukturen nicht erreichbaren Tätigkeitsbereiche benötigen eine eigene Darstellung ihrer Produktivität für die Gesellschaft.³⁰ Eine Art „Zweiter Arbeitsmarkt“ ist unumgänglich, allerdings ist falsch, ihn allein am Gängelband der staatlichen Behörden oder an den gegenwärtigen gemeinnützigen Trägern anzuhängen. Schließlich soll es weder um eine gigantische Aufblähung der öffentlichen Verwaltung gehen, noch um einen neuen Reichsarbeitsdienst, sondern um eine dauerhaft eigenständig tragfähige Lösung.³¹

z. B. am Fließband, gegenüber anderen, z. B. der Pflege im Familienkreis, abgesondert werden bzw. bleiben. Wenn die unglückliche Trennung zwischen vermeintlich ‚echter‘ Arbeit am Fließband und tragischer Weise weniger anerkannter, im gesellschaftlichen Bewusstsein irgendwie ‚unechter‘ Arbeit im Reproduktions-, Umweltschutz- oder Kunstbereich überwunden werden soll, darf man mutmaßlich keine festen Mindestlöhne administrieren. Mehr oder weniger aus dem selben Grund nehme ich an, dass sich eine tatsächlich angemessene Höhe der sozialen Grundsicherung ohne Mindestlohn einfacher durchsetzen lässt. Die Festlegung einer Maximalrelation – etwa dass in einem Betrieb niemand mehr als das Achtfache eines anderen und global nicht mehr als das Zwanzigfache verdienen kann – wirkt nach meiner Einschätzung verteilungspolitisch viel stärker als ein fester Mindestlohn.

30 Vgl. den Gedanken von Michael Opielka, dass ein Grundeinkommen mit Maßnahmen gekoppelt werden müsste, die zu einer Anerkennung bisher nicht bezahlter Tätigkeiten als produktiv führen. Opielkas Umsetzungsvorschläge schließen allerdings an klassische Sozialstaatlichkeit an und verströmen deshalb den Odor eines repressiven Reparaturbetriebs; <http://www.archiv-grundeinkommen.de/opielka/Opilka.pdf>.

31 Ein erster Ansatzpunkt für eine Form des weltweiten Grundeinkommens könnten eigene Nahrungsmittelkonten für alle Menschen sein. Lebensmittel würden also aus der sonstigen Ökonomie ausgegliedert. Da die Landwirtschaft in den westlichen Ländern sowieso umfassend subventioniert ist und offenbar Koordinationsformen jenseits des Markts braucht, lässt sich diese Ausgliederung vermitteln. Alle Menschen sollten auf ihrem Nahrungsmittelkonto einen monatlichen Grundbetrag erhalten, so dass der humanitäre Skandal von knapp einer Milliarde hungernder Menschen und täglich tausenden vermeidbaren Hungertoten schnell beendet werden kann. Anders als bei Getreidehilfslieferungen bei Hungersnöten würden die kleinen Bauern in armen Ländern nicht um die Möglichkeit des Verkaufs ihrer Güter gebracht. Die Idee ist grob mit dem „social cash transfer“ verwandt, den das Menschenrechtsnetzwerk FIAN für die Lösung des Hungerproblems diskutiert und in Malawi testet. Erfolgreiche Pilotprojekte mit bedingungslosem Grundeinkommen für eine zweite oder dritte Mahlzeit gibt es auch in Namibia, Brasilien u. a. m. Strukturell besteht ebenfalls Ähnlich-

Kultur und Wissensproduktion in der Wissensgesellschaft: Kultur- und Wissensgüter, die über die herkömmliche Ökonomie produziert werden, müssen die Eigenschaften klassischer ökonomischer Güter haben: diese sind knapp, nicht frei verfügbar und wenn einer sie konsumiert, fehlen sie einem anderen. Solange die Kulturgüter an stoffliche Träger wie Schallplatte und Buch gebunden waren, ließ sich dies einigermaßen realisieren. Im digitalen Zeitalter kann Kulturproduktion nicht mehr über klassische ökonomische Märkte laufen. Indiz ist die Massenkriminalisierung³² gegen ‚Raubkopierer‘, die tatsächlich niemandem etwas rauben, sondern nur ein Mehr des Zugang zu Kultur und Wissen organisieren. Solange allerdings keine passenden Finanzierungssysteme gefunden werden, entsteht ein fortschreitender Druck, den Computerbesitzern die Kontrolle über ihre eigenen Computer zu entziehen und sie umfassend zu überwachen (Stichwort „Digital Rights Management“). Die Wissensgesellschaft, in der Wissens- und Kulturgüter eine zunehmende Rolle spielen, wird durch ökonomische Prinzipien („Copyright“) abgewürgt:³³ Wissensgesellschaft ist genau darüber produktiv, dass möglichst viel zitiert, kopiert, an andere Arbeiten angeschlossen, gesampelt, modifiziert und ausgetauscht wird. Kulturelle und Wissensgüter werden meist wertvoller, wenn sie von vielen genutzt werden, und gerade nicht nutzlos. Bisherige Systeme wie GEZ, GEMA und VG Wort berücksichtigen dies ansatzweise, müssen aber weiter entwickelt und verallgemeinert werden (Stichwort „Kulturfltrate“³⁴). Dabei weisen Bewertungsgremien, in denen die Beteiligten beteiligt sind, in die richtige Richtung.

Bildung und Wissenschaft können ihre steigende Bedeutung in der Wissensgesellschaft momentan nicht realisieren, solange sie an die Versorgung über den geschwächten Staat gekettet sind. Obwohl alle politischen Redner des Landes darin einig sind, dass mehr Geld in die Förderung kleiner Kinder oder an die Hochschulen fließen müsse, passiert dies nicht nennenswert. Andere Finanzquellen, die heute als Alternative diskutiert werden (Studiengebühren,

keit zu Bezugscheinkarten für Lebensmittel, die bspw. im sozial tief gespaltenen Cuba wie ein „in Naturalien vergebenes garantiertes Grundeinkommen“ funktionieren (aber abgeschafft werden sollen; <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/09/12.mondeText.artikel,a0038.idx,7>). Wenn die verteilten Bezugsrechte für Nahrung eine harte und weltweit gültige Währung wären, da in ihrer Einheit auch die agrarische Überschussproduktion des Westens gehandelt wird, würden lokale Bauern ihre Produkte vermutlich sogar lieber in dieser neuen Währung anbieten statt für inflationsgefährdetes lokales Geld. Die Bezugsrechte dürfen also nicht Symbol für Mangelwirtschaft oder Mangelversorgung sein, sondern ein anerkannter und wesentlicher Teil des Koordinationssystems für die betreffende Versorgung – hier mit Lebensmitteln. Vgl. auch die FAO-Leitlinie zur schrittweisen Verwirklichung des Rechtes auf angemessene Nahrung: „4.7. Die Staaten sollten danach streben sicherzustellen, dass die Nahrungsmittel, der Agrarhandel und die allgemeine Handelspolitik der Förderung der Ernährungssicherheit eines jeden mittels eines nichtdiskriminierenden und marktorientierten lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Handelssystems dienen.“ (http://www.fian.de/fian/downloads/pdf/ran/freiwillige_leitlinien_dt.pdf)

32 Aufgeklärtere Teile der Justiz gehen hier deshalb ähnlich vor wie bei der Verfolgung von Cannabis-Konsum und arbeiten pragmatisch mit großzügigen Bagatellgrenzen.

33 Das gilt zunehmend auch für stoffliche Produkte wie Computerprozessoren. Ein erheblicher Anteil des Aufwands für die Produktion eines neuen Prozessoren geht in die Klärung eventueller Patente und sonstiger Rechte und in deren Abbezahlung oder technische Umgehung. Eine ausführlichere Diskussion findet sich im ersten Teil von André Gorz‘ Kritik der Wissensökonomie „Wissen, Wert und Kapital“ (Zürich 2004).

34 Mit einer Flatrate bezahlt man nicht mehr für kulturelle Inhalte, nach meinem Verständnis aber noch für den stofflichen Träger. Wer ein Buch nicht am Rechner lesen will, sondern gebundene Seiten aus einem Buchladen mitnehmen will, bezahlt Druck und Material genauso wie im Möbelgeschäft für das Bücherregal – also mit Geld. Im Kino ist ein Sitzplatz genauso wenig umsonst wie in einer Kneipe.

Drittmittel, Sponsoring), führen zu dysfunktionalen Ergebnissen (geringere Studienbeteiligung, instrumentelle Auftragsforschung und Kommerzialisierung).

Im Bereich der Kulturproduktion sind ferner einige tragische Missverständnisse auszuräumen: Gegenwärtig glaubt man, innovative Film-, Theater- oder sonstige Kunstproduktionen seien eine lästige Last auf unseren Taschen, da sie bspw. mit Einnahmen aus der staatlichen Mehrwertsteuer finanziert werden müssen. Mit jeder Tüte Nudeln aus dem Supermarkt finanzieren wir also z.B. die Kulturstiftungen von Bund und Ländern mit, welche dann wiederum über Gremien mit lauter Künstlern lauter Künstler finanzieren – selbstverständlich meist viel zu knapp. Diese Unterversorgung und Prekarisierung wird sich aber nie ändern, solange solche Kunst nach allgemeiner Wahrnehmung an einem Subventionstropf hängt. Mit einem Paket Nudeln aus dem Supermarkt finanziert der Kunde aber nicht nur via Mehrwertsteuer den Staat, sondern über allgemeine Umlagen auch die Werbebetats. Selbst wenn man Nudeln kauft, die gar nicht beworben werden, denn der Supermarkt verteilt in interner Kalkulation um (genau wie der Staat seine Steuereinnahmen). Es handelt sich bei Werbekosten im Endeffekt um eine ganz ähnliche Zwangsabgabe wie die Mehrwertsteuer. Werbeeinnahmen gelten aber in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als ein positiver Eintrag. Wenn Werbung den von mir gewünschten Spielfilm auf Pro7 finanziert, ist das in der Tat wunderbar. Kritikwürdig ist nicht, dass Pro7 über eine Zwangsabgabe an der Kasse von Supermarkt, Autohaus usw. finanziert wird statt wie die ARD über die Zwangsabgabe der GEZ. Ärgerlich ist vielmehr, dass mein Spielfilm bei Pro7 durch Werbeblöcke zerstückelt wird, obwohl ich auf dem ein oder anderen Weg letztlich doch selbst dafür bezahlen muss. Natürlich gibt es witzige Werbespots, die Verwechslung von Kosten und Einnahmen führt aber zu einem Übergewicht überbezahlter Werbeproduktionen und notorischer Unterfinanzierung innovativer Kulturproduktion.

Ein zweites Missverständnis besteht darin, Kultur würde allein von den Anbietern und nicht auch von den Konsumenten produziert. Nicht allein Paris Hilton, Madonna und Tokio Hotel sind die Schöpfer jener kulturellen Marken, die man nun vermarkten und zu Geld machen kann. Vielmehr hat die Aufmerksamkeit von Millionen Fans, die aktiv etwas in die großen Stars und Kulturprodukten hinein interpretieren, den kulturellen Wert erst erzeugt. Es ist nicht allein eine innovative Theaterperformance oder ein Kunstwerk, welche die Gesellschaft kulturell bereichern, sondern beide müssen offensichtlich erst von Zuschauern wahrgenommen und weiter getragen werden. Darüber, wie unterschiedliche Kulturleistungen gewertet werden könnten,³⁵ müssten gemeinsame Gremien von Kulturproduzenten und Kulturnutzern entscheiden. Solche Gremien gibt es bereits in Ansätzen bei den Kulturstiftungen und Förderausschüssen der öffentlichen Hand, bei der GEMA und in Form der TV-Programmbeiräte.

Umwelt: Seit Jahren beteuern alle Experten, dass sich Ökonomie und Ökologie prinzipiell vereinbaren lassen könnten, allein dies passiert nirgends in größerem Umfang. Schon gar nicht klappt es in ausreichendem Maße, obwohl mit zahllosen (Steuer-) Programmen in diese Richtung gesteuert wird.³⁶ Nach über 15 Jahren Diskussion über Ökoeffizienz hat sich diese immer noch nicht nennenswert umgesetzt.

35 Nämlich anders als im Werbegeschäft keinesfalls allein nach der Einschaltquote, bei der der experimentelle Film keine Chance gegen die Nachmittagstalkshow hat, noch nach dem Regiment der Aufmerksamkeitsökonomie, dem zufolge die orientierungslosen User durch schnelle Häppchen von Pseudowahlmöglichkeiten geleitet werden sollten. Allerdings muss eine gute Einschaltquote durchaus ein Argument für das Angebot einer bestimmten Talkshow sein.

36 Es gibt starke Hinweise dass Ökonomie und Umwelt nach wie vor in einem gegenläufigen Zusammenhang stehen, vgl. KfW Nachhaltigkeitsindikatoren für 2007, FR vom 11.10.2008. Vgl. auch die Auswertung der

Höhere Ökosteuern sind kein grundsätzlicher Ausweg. Eine Regierung muss Ökosteuererhöhungen ja irgendwo wieder ausgeben,³⁷ bspw. zur Senkung der Lohnnebenkosten. Deutsche Arbeitnehmer und Unternehmer können also ohne Weiteres entscheiden, ihre Entlastung bei den Lohnnebenkosten gleich in gesteigerte Benzinkosten zu reinvestieren. Trotz hoher Ökosteuer fahren sie dann einfach so weiter Auto wie zuvor.³⁸ Die Umsteuerungseffekte waren jedenfalls bisher weltweit minimal. Auch viele andere Maßnahmen wie „Ökostrom“ beruhen letztlich auf einer nicht tragfähigen Verwechslung.³⁹ Einen hoffnungsvolleren Ansatzpunkt bietet der Emissionshandel, bei dem bisher allerdings nur Großunternehmen mit überwiegend umsonst zugeteilten Papieren beteiligt sind. Ausbaufähig ist der im Kyoto-Prozess versteckte Gedanke, dass man sich weltweit auf Obergrenzen der zumutbaren Verschmutzung festlegen muss und mittelfristig jedem Erdenbürger der gleiche Anteil an Verschmutzungsrechten zusteht. Ein US-Amerikaner, der viel mehr verschmutzen will, als ihm als Erdenbürger zusteht, müsste bei einem weltweiten System von Verschmutzungskonten z. B. armen indischen Bauern solche Rechte abkaufen, so lange diese ihre Verschmutzungsrechte nicht ausnutzen. Wenn die Verschmutzungsrechte weltweit knapp sind,⁴⁰ wird dies für den US-Amerikaner astronomisch teuer. Anders als eine Ökosteuer erzwingt ein konsequentes Handelssystem mit Verschmutzungsrechten also tatsächlich die Einhaltung der vorher (möglichst demokratisch) festgelegten Obergrenzen.

Umweltverbände und –experten haben längst mit der Verständigung darüber angefangen, wie man neben dem Klimaschutz auch weitere Umweltfragen in eine einheitliche Größe umrechnen kann, etwa in den ökologischen „Rucksack“ oder „Fußabdruck“.⁴¹

Politik: Wenn heute Finanzmärkte über Standortbedingungen (mit-) abstimmen, steht logischer Weise nicht die allgemeine Wohlfahrt, sondern die Verwertungschance der Großbesitzer im Zentrum. Man könnte von einem nach Besitz gestaffelten Wahlrecht sprechen (historisch: „Zensuswahlrecht“). Die Repräsentation erfolgt allerdings nicht über Parlamente, sondern über ein System wirtschafts- und betriebswirtschaftlich orientierter Händler. Die längst weit fortgeschrittene Aushöhlung der westlichen repräsentativen Demokratie wurde hier bereits im Abschnitt zum „korrigierendem Nationalstaat“ dargestellt.

Aufgrund dieser Probleme benötigt die Förderung von Demokratie also mutmaßlich genauso eine eigene Berücksichtigung wie die

Soziale Sorge: Tätigkeiten in Pflege, Erziehung u. a. m. sind von der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für Produktivität und Leistung abgekoppelt. Die klassische Ökonomie der knappen Konsumgüter kann bei der Güterproduktion ständig Produktivitätszuwächse feststellen, z. B. rechnet man aus, dass heute jeder Opelarbeiter doppelt so viele Autos bauen kann wie

Entwicklung seit 1995 in der Studie des Wuppertal Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (Frankfurt 2008).

37 Theoretisch kann sie natürlich auch deflationär die Geldmenge reduzieren.

38 Möglich ist das schlicht, da wir uns in einer Überfluss- statt in einer Mangelgesellschaft befinden, vgl. folgend.

39 Auch beim „Ökostrom“ täuscht man sich über Markteffekte, vgl. www.bo-alternativ.de/dokumente/oekostrom.pdf. Anders sieht es bei der Einspeisevergütung aus, die die Zahl der Windräder vervielfacht hat.

40 Nach Meinung des „Weltklimarats“ (IPCC, Vierter Sachstandsbericht 2007) müssen die Emissionen an Treibhausgasen bis zum Jahr 2050 um 50 bis 80 % sinken, wenn der Temperaturanstieg bei 2 bis 2,4 °C begrenzt werden soll; <http://www.bmu.de/klimaschutz/aktuell/doc/39274.php>.

41 Vgl. <http://www.footprintnetwork.org/> und http://www.klima-aktiv.com/article135_3818.html.

vor 20 Jahren. Von diesem Produktivitätsgewinn, der preisbereinigt identisch mit dem so genannten „Verteilungsspielraum“ ist,⁴² könne man den Arbeitern gerechter Weise etwas abgeben – etwa nach „produktivitätsorientierter Lohnpolitik“. Anders im Sozialbereich, wo ein heutiger Pfleger nicht doppelt so viele Alte und Kranke versorgen kann als vor 20 Jahren. Statt aber daraus abzulesen, dass in den letzten 20 Jahren die Arbeit des Pflegers im Vergleich zum Opelarbeiter an Bedeutung gewonnen hat (von letzteren werden nicht mehr so viele benötigt), misst man den Pfleger mit einem ökonomischen Modell, das für seinen Arbeitsbereich gar nicht passt. Die Folge sind Unterfinanzierung, Unterbezahlung und Unterversorgung, denn es werden ja auch kaum feststellbare Produktivitätsfortschritte erzielt.⁴³ Und in die Organisation von Pflege wird kontinuierlich die – bereichsfremde – Logik eingespeist, man müsse eben doch dafür sorgen, dass die Pfleger Jahr für Jahr mehr Klienten betreuen. Die Pflege und mit ihr der ganze Bereich der sozialen Sorge arbeitet gegenwärtig mit einem Bewertungssystem, das weder für die Beschäftigten, noch für die Versorgten passt. Da das gegenwärtig benutzte Bewertungssystem gar nicht zu jenen Zielen und jener Logik passt, die den Bereich der sozialen Sorge eigentlich ausmachen, eignet es sich noch nicht einmal für eine effektive Organisation (das Management). Also braucht man ein eigenständiges Bewertungssystem, denn sonst wird man jedes Jahr weiter versuchen, immer schlechter bezahlte Arbeitskräfte in immer kürzeren Minuteneinheiten ein weiter ‚optimiertes‘ Füttern-Waschen-Hinterabputzen abarbeiten zu lassen. Ganz ohne ein Bewertungssystem kann man die komplexe Arbeit im Pflege-, Kranken und Sozialbereich aber nicht sinnvoll koordinieren.

Mehrdimensionales Währungssystem mit Grundversorgung und Kappungsgrenze

Mein Vorschlag zielt auf ungefähre Konturen für ein gesellschaftliches Koordinierungsmodell, das aus dem üblichen Rahmen der Mischmodelle zwischen Planwirtschaft und neoliberalen Marktideal herausfällt. Statt eine vollständig ausgemalte Utopie vorzuschlagen, will ich emanzipatorisch Interessierten einige Grundzüge zur Diskussion anbieten. Schwerpunkt dieses Artikels ist deshalb nicht die Darstellung des Modells, sondern die Heranführung an die Denkweise, die ihm zugrunde liegt. Auf Einzelfragen wie den Datenschutz gehe ich im Anschluss ein, kann und will sie allerdings nicht abschließend beantworten.

Bei dem Modell geht es im Kern um mehrere Währungen, die nicht national aufgeteilt sind, sondern thematisch aufgegliedert sind. Vorbild ist die weltweite Zuteilung von Verschmutzungsrechten und einem Handel mit diesen. Dabei ist die Austauschbarkeit mit Konsumrechten (Geld) vorgesehen, aber von vornherein ausgeschlossen, dass in der Summe weniger Umweltschutz zustande kommt, als vorher vereinbart.

Auf individueller Ebene kann das bedeuten, dass ich jeden Monat meine Verschmutzungsrechte auf mein Klimakonto überwiesen bekomme. Pflanze ich Bäume an oder schütze seltene Fledermäuse, bekomme ich zusätzliche Einheiten überwiesen. Wenn ich im Supermarkt aus Chile eingeflogene Weintrauben kaufe, wird mein Umweltkonto etwas mehr, wenn ich heimische Bioäpfel kaufe, deutlich weniger belastet. Und wenn mein Umweltkonto überzogen ist, kann nach dem aktuellem Wechselkurs von meinen anderen Konten abgebucht und umgetauscht werden.

42 Der Produktivitätsgewinn wird i. d. R. so berechnet, dass zusätzlich die Inflationsrate zu addieren ist, um den Verteilungsspielraum zu kalkulieren.

43 Das Problem betrifft auch Teile des öffentlichen Dienstes und viele weitere personenbezogene Dienstleistungen, die nicht von verbesserter Datenverarbeitung etc. profitieren.

Gleiches schwebt mir für die Konsumrechte vor,⁴⁴ die bisher mit dem herkömmlichen Währungssystem koordiniert werden (also über Geld). D.h. es gibt auch hier ein bedingungsloses Grundeinkommen, also ein Mindestmaß an Konsumrechten, die jedem Menschen zu gewähren sind. Wer kein ökonomisches Mehreinkommen hat, kann aber durchaus über sein Grundeinkommen hinaus konsumieren. Dazu kann er etwa Kultur, Wissen oder Demokratie fördern, während sich andere in diesen Bereichen weniger engagieren, als man gemeinsam für gesellschaftlich wünschenswert hält.⁴⁵

Der Begriff „Währung“ legt zwar nahe, dass es jeweils eine individuelle Nachfrage gibt, im hier vorgeschlagenen Modell geht es aber insgesamt um eine erhebliche Ausweitung der öffentlichen Infrastruktur. Mehrere Währungen sollen also gerade dafür sorgen, dass eine gute und von allen gewünschte Infrastruktur angeboten wird, deren Nutzung für alle unentgeltlich ist.

Kultur-, Wissens- und Sozialwährung sollten nach meiner Auffassung in erster Linie nur der Bewertung von Beiträgen dienen, während die Nachfrage gesellschaftlich organisiert ist – ähnlich wie bei einer Pflegeversicherung, einer Kulturflatrate und öffentlich finanzierter Wissenschaft, wo die Nutzung der Produkte nicht individuell bezahlt werden muss. Der Konsum eines gewaltverherrlichenden, machistischen Films könnte trotzdem durchaus das Konto für „soziale Sorge“ belasten, aber solche Detailfragen sind über von Nutzern, Produzenten und Fachleuten besetzten Beteiligungsebenen auf mehreren regionalen und thematischen Ebenen auszuhandeln.⁴⁶ Welche Währungsdimensionen es geben sollte – ggf. bietet sich zunächst eine Ausgliederung von Landwirtschaft an, vgl. FN 31 und die aktuelle Diskussion um gesunde Ernährung –, lässt sich ebenfalls nicht vorab endgültig festlegen.

Die Dimensionen könnten sein: Nahrungsmittel, Industrie und industriebezogene Dienstleistung, Kultur und Kunst, Wissenschaft und Ausbildung, Ordnungsfunktionen (Polizei, Justiz, Mediationsstellen), Demokratieförderung/allgemeine Koordination und soziale Sorge/private personenbezogene Dienstleistungen. Wenn es noch nicht aufgefallen ist: in dem Modell löst sich der Staat ein ganzes Stück weit in die Gesellschaft hinein auf.⁴⁷ Langfristig könnte er vielleicht in seiner heutigen Form wegfallen. Ein System unterschiedlicher Konten, die nach unterschiedlicher Logik funktionieren könnten, hat den weiteren Vorteil, dass man nicht länger an das Paradigma von Knappheit gebunden ist. Die klassische Ökonomie funktioniert als Modell zum Umgang mit Mangel und Knappheit, die moderne Menschheit muss aber auch

44 Die Idee, das Beispiel der Kyoto-Mechanismen als Ausgangspunkt für die Forderung nach einem weltweiten Grundeinkommen zu verwenden, stammt von Philippe Van Parijs.

45 Man darf sich Hoffnung machen, dass ein angemessenes Grundeinkommen nicht nur zu einer besseren Verteilung von Konsumrechten führt, sondern auch zu besseren Arbeitsbedingungen. Die Frage der Arbeitsbedingungen habe ich hier allerdings nicht weiter berücksichtigt.

46 Solche Gremien könnte es parallel weltweit (z.B. Weltklimarat plus UN-Konferenz), national und lokal geben, als auch mit thematischen Unterausschüssen wie Massenunterhaltungskultur Buch/TV/Musical, traditionelles Bildungstheater, innovatives Theater usw.

47 Die Rolle von Polizei, Justizwesen klammere ich hier vollständig aus. Von dem – in der Terminologie Louis Althusser – repressiven Staatsapparat wäre somit nur Regierung, Verwaltung u.ä. betroffen. Wertpapiere spielen für diese Möglichkeit eine Rolle, die kaum Ähnlichkeiten mit dem staatlichen Bankförderprogramm der Riester-Renten hat. Wie Christian Marazzi aus linker Perspektive diskutiert, gibt es prinzipiell ganz andere Möglichkeiten, sozialstaatliche Aufgaben über Wertpapiere zu organisieren: „Derivate sind ein mächtiges Instrument zur Sozialisierung von Risiken:“ („Fetisch Geld. Wirtschaft, Staat, Gesellschaft im monetaristischen Zeitalter“, Zürich 1999, S. 71).

positiv mit Überfluss umgehen können.⁴⁸ Im Überfluss ständig künstlich zu verknapfen – etwa über Patente, Werbung, Markenschutz und Quasi-Monopole – kann keine Koordinationslösung für die Menschheit im 21. Jahrhundert sein.⁴⁹ Obwohl die vorgeschlagenen Währungen miteinander getauscht werden können, funktionieren sie nicht gleich. Verschmutzungsrechte müssen nach oben hin einen festen Deckel haben und haben dadurch einen hohen Tauschwert oder Wechselkurs, solange die Menschen insgesamt mehr verschmutzen wollen, als sie selbst für akzeptabel halten. Wenn alle in der Summe sowieso viel weniger Umweltressourcen verbrauchen, als nachhaltig zur Verfügung stehen, sinkt der Wert der Verschmutzungsrechte irgendwann gen Null und die Währung könnte ggf. wieder verschwinden. Kultur- und Konsumrechte hingegen brauchen keinen Deckel nach oben, nur individuelle Einkünfte in diesen beiden Währungen brauchen einen solchen (vgl. FN 29). Da eine der Kulturfltrate entsprechende Pauschalabgabe die Grundnachfrage organisiert, könnte der Tauschkurs dafür zunächst als logarithmische Kurven quer durch politisch vereinbarte Wunschwerte festgelegt werden.⁵⁰ Solange ein bestimmtes Maß an Kulturproduktion noch nicht erreicht ist, ist ihr Kurswert gegen Konsumrechte ziemlich hoch. Wenn aber alle lieber Kultur produzieren statt die Bereitstellung von materiellen Konsumgütern zu erledigen, aber gleichzeitig viel mehr konsumieren wollen, sänke der Kurswert gegenüber den Konsumrechten wieder. Es handelt sich also um ein flexibles System, das den Menschen nicht heute vorschreibt, welches Versorgungsniveau sie morgen haben wollen und welche Beschäftigungen sie präferieren.

Und das Vertrauen? Die Finanzkrise zeigt, dass wir letztlich unserer Gesellschaft vertrauen müssen. Das funktioniert am besten, wenn wir nicht nur alle vier Jahre bei einem PR-bestimmten Schaulaufen der Politikerköpfe unsere Stimme abgeben, sondern überall da mitgestalten, wo wir besonders beteiligt sind oder Expertise haben. Dazu brauchen wir die Unterstützung von Kennzahlensystemen und Koordinationsknotenpunkten, denn wir wollen nicht zurück in die kleinteilige und kleinkarierte Welt der Kommunitaristen und auch nicht unseren ganzen Tag auf verrauchten und unproduktiven Diskussionsrunden in Betrieb, Wohnblock und WG verbringen.

48 Dieser Gedanke stammt aus Michael Gibbons u. a.: *The new production of knowledge. The dynamics of science and research in contemporary societies* (London 1994, S. 57).

49 Metaphorisch gesprochen kann es deshalb nicht richtig sein, die Spekulation der Märkte „auf den Boden der Tatsachen zurück zu holen“, statt dessen sollte man sie am „gesellschaftlichen Himmel aufhängen“. Der Boden der Tatsachen ist nämlich allenfalls die Auseinandersetzung mit den Gewalten der Natur. Alles andere hängt direkt von sozialen Prozessen ab und ist entsprechend unsicher wie die anhaltende Käufernachfrage nach spritfressenden Autos von General Motors. Das Zeitalter, in dem die Menschen der Natur ihr nacktes Überleben abringen mussten, betrifft zwar noch Millionen von Subsistenzbauern auf der Welt, aber jeder Mensch könnte die Möglichkeit zu einer primär kulturellen Existenz erhalten (ich meine hier Kultur inkl. der Konsumkultur des Verbrauchs materieller Güter). Mit dem „gesellschaftlichen Himmel“ meine ich gemeinsame Ziele, auf die sich die Menschen verständigen. Klar ist, dass diese Ziele verschiedene Dimensionen haben (Kultur, Konsum, Umwelt, ...). In diesen Dimensionen wollen sich die Menschen ganz unterschiedlich verwirklichen können, sie wollen sich aber auch auf eine Grundsicherung verlassen dürfen.

50 Gemeint ist eine Funktion vom Typ $\log_y(x+1)$ für den Tauschwert der gesamten Kulturleistungen X in Konsumrechten.

Anschlussfragen

Besteht der Hauch einer Chance der Umsetzung?

Die Klimaproblematik lässt m.E. keine Alternative neben Ökodiktatur und umfassendem Emissionshandel zu. Durch Emissionshandel entsteht automatisch eine neue Währung, genau wie vorgeschlagen, allerdings nicht unbedingt bis hin zu einem Niederschlag auf der individuellen Ebene. Gegenwärtig drückt man Hinweise über den Kaloriengehalt und Inhaltsstoffe auf Lebensmittel u. a. m. auch auf andere Konsumgüter. In einem ersten Schritt kann die EU dazu verpflichten, dass Waren einen Hinweis auf ihren ökologischen Fußabdruck tragen müssen („der Konsum dieser aus Chile eingeflogenen Weintrauben beinhaltet 4% ihres tolerierbaren Emissionsanteils nach Kyoto-Protokoll“). Im zweiten Schritt erfolgt eine entsprechender Aufschlag auf den Warenwert („1,34 € Warenwert plus 0,65 € Umweltkosten) und im dritten folgt die Einführung eines individuellen Kontensystems in den westlichen Staaten, die beim Klimaschutz sowieso vorangehen müssen. Selbst wenn die Zusatzkosten des Emissionshandels zunächst für einen Porsche- oder Audi-Fahrer noch aus der Portokasse bezahlt werden könnten, so erhielte er zumindest eine persönliche Bilanz, nach der er seinen individuellen Anteil am vertretbaren CO₂-Ausstoß z. B. um den Faktor 20 überschritten hat.⁵¹ Ein Umweltkonto funktioniert also anders als der gegenwärtige Ablasshandel, bei dem man zum Düsenjet-Kurztrip nach New York günstig ein Zertifikat dazu buchen kann, auf dem dann auf wackeliger Grundlage bescheinigt wird, man sei „klimaneutral“. Aber muss überhaupt der Porschefahrer mit Emissionszertifikaten malträtiert werden, reicht es nicht, wenn man bei den großen Verschmutzern ansetzt, also den Braunkohlekraftwerken, Aluminiumschmelzen und Ölraffinerien? Nein, den der Effekt der Abrechnung beim Produzenten statt beim Endverbraucher wäre/ist etwas absurd: Wenn Deutsche alle Paar Monate neue Kleidung aus Baumwolle konsumieren, rechnet man die Umweltschäden für die Erzeugung dieser Baumwolle dann armen Bauern in Mali zu, obwohl die selbst kaum klimaschädlichen Konsum haben. Die energieaufwendige Produktion industrieller Vorprodukte ist schon heute oft in Schwellenländer ausgelagert. Wenn die US-Amerikaner und Deutschen das energieaufwendige Aluminium für ihre Getränkedosen nicht mehr aus heimischen Schmelzen, sondern aus eine Aluhütte aus Ägypten beziehen, sind sie die Verursacher des zugehörigen CO₂-Ausstoßes, nicht aber die Menschen der sich erst nachholend entwickelnden Weltregionen, denen man eine Steigerung ihres gegenwärtigen Energieverbrauchs sowieso zubilligen muss. In Westeuropa, wo man anders als in Mali in kürzester Zeit mit der Führung von Umweltkonten beginnen könnte, kann man für jede Tonne Baumwolle aus Mali oder jede Tonne Plastikram aus China ungefähr überschlagen, wie groß der zugehörige ökologische Fußabdruck ist. Im Kulturbereich ruft die Copyright-Misere danach, dass man eine Kulturflatrate einführt. Während der Konsument dann gar nicht mehr direkt bzw. nur über eine Pauschalsteuer zahlt statt pro kopiergeschützter Mediendatei, müssen die Produzenten trotzdem weiter eine Vergütung erhalten. Dafür ist ein Bewertungssystem einzuführen, etwa wie eine verallgemeinerte und für alle offene GEMA. Auch dieses Bewertungssystem ist dann eine Art neuer Währung. Anteile in einem solchen Bewertungssystem sind natürlich gegen Konsumrechte (Geld) eintauschbar, aber warum sollte man nicht auch in Verschmutzungsrechte tauschen oder in Ord-

51 Außerdem würde direkt Wohlstand hin zu den Ärmsten der Welt umverteilt. Wenn alle vorgeschlagenen Umverteilungsmechanismen voll greifen, sind Ausgaben, die sich der eine nicht leisten kann, für keinen anderen bloß Peanuts.

nungspunkte, um den eigenen Beitrag zum Justizwesen abzuleisten? Für eine Menschheit, die über Generationen auf Geld und materiellen Konsum gepolt wurde, würde die Währung der Konsumrechte (Geld) vermutlich zunächst die Leitwährung bleiben, so wie der Dollar momentan als Leitwährung fungiert, weshalb viele Vorgänge in Dollar umgerechnet werden, ohne dass die anderen Währungen deshalb verschwinden würden.

Ansätze für eine multidimensional koordinierte Gesellschaft gibt es schon heute viele. Im Sozialbereich hat man längst damit begonnen, die Diskriminierung der meist von Frauen verrichteten Reproduktionsarbeit aufzuweichen. Während früher undenkbar war, dass die Sorge einer Frau um die pflegebedürftige Schwiegermutter als „richtige Arbeit“ Anerkennung findet, kann sie heute ein Gehalt aus der Pflegeversicherung erhalten. Die heutige Pflegeversicherung funktioniert gar nicht so anders, als es eine eigene Währung für den Sozialbereich täte. Gremien mit den einschlägigen Experten schätzen schon derzeit den Gesamtbedarf⁵² und dieser wird dann auf die Bevölkerung umgelegt (über den Pflegeversicherungsbeitrag, der schon heute bei sozial Schwachen von der Sozialgemeinschaft übernommen wird). Aus dieser Abgabesumme werden Pflegeleistungen eingekauft – allerdings auf einem Markt, der ganz anders funktioniert als jener der Konsumgüter (auch wenn dies die jüngeren Reformansätze aus der Politik nie wahrhaben wollten). Weitere längst existierende Vergütungsregelungen für soziale Arbeitsbeiträge sind das Erziehungsgeld, das Kindergeld, der Erziehungsurlaub und erstaunlicher Weise auch die von der CSU eingeforderte ‚Herdprämie‘. Vergütet werden sollte insgesamt durchaus nach Qualifikationsniveau (vgl. Programme zur qualifizierten Tagespflege anstelle von unqualifiziertem Babysitting und Au Pair). Sehr hilfreich wäre aber, dass die Vergütung automatisch steigt, wenn sich zu wenig Pflegekräfte finden. Bisher ist das trotz Marktwirtschaft und Pflegenotstand ganz und gar nicht der Fall. Je mehr die westlichen Gesellschaften überaltern und erkennen, dass sie im Alter nicht industriell mit betriebswirtschaftlich preisoptimiertem Füttern-Duschen-Hintern-Abputzen abgespeist werden sollen, desto eher ist man bereit, diesem Bereich ein vernünftiges Eigengewicht zuzurechnen. Ähnliches gilt für Bildung u. s. w.

Ist das „revolutionär“ bzw. ändert sich viel, wenn es alles schon ansatzweise gibt?

Die Tatsache, dass in einer multidimensional koordinierten Gesellschaft nicht alles anders laufen würde als heute, ist ein starkes Argument für und nicht gegen sie. Die Koordination der menschlichen Gesellschaft braucht Vertrauen – wie eingangs rund um das Stichwort „Finanzkrise“ diskutiert. Ohne Vertrauen darin, dass produktiver Austausch weiter funktioniert, bricht der produktive Austausch, also Wirtschaft und ggf. sogar auch Kultur und Wissenschaft, zusammen. Das heißt, dass die wichtigen Austauschwege der Gesellschaft nicht radikal abgebrochen werden dürfen. Man muss also die heute eingespielten Beziehungen und Mechanismen mit einer neuen Logik und Dynamik fortführen.⁵³ Das ist dann bereits revolutionär.

Der Vorschlag der multidimensional koordinierten Gesellschaft baut auf einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik auf. Die gegenwärtige kulturelle Ordnung der Machtbeziehungen wird umfangreich in Frage gestellt, wie die Ausführungen bis hier her gezeigt haben sollten. Men-

52 Aus Demokratiegründen ist dabei eine erheblich bessere Beteiligung von Beteiligten auf allen Ebenen erforderlich. Das Internet bietet dabei umfassende Möglichkeiten, um ein Repräsentationssystem mit der Wahl von Vertretern zu ergänzen.

53 Die vorgeschlagene Richtung entspricht jener, die Negri und Hardt in „Empire“ postulieren: „Vielmehr müssen wir durch das Empire hindurch, um auf die andere Seite zu gelangen.“ (Frankfurt 2002, S. 218).

schen, die sich heute an den Verhältnissen reiben, können Teile dieses Vorschlags aufgreifen, sie hier und da verändern und nach und nach über politische und soziale Auseinandersetzungen durchsetzen. Wer die gegenwärtige kulturelle Ordnung aber mit einem Schritt abschaffen will, will der Menschheit die Kultur und ihre Beziehungen wegnehmen. Neue Austauschbeziehungen und eine neue Kultur können aber nicht wie ein Maßanzug bereit stehen, in den die Menschheit minutenschnell hineinsteigen kann, wenn sie die schmutzigen Klamotten von heute abgelegt hat. Die Kultur(en) und die Beziehungen der Weltgesellschaft sind viel zu kompliziert. D. h. um die ‚herrschende Ordnung‘ mit einem revolutionären Schlag abschaffen zu wollen, muss die Menschen entweder auf eine primitive kulturelle Stufe zwingen (das ist die Strategie der Khmer Rouge). Oder man setzt sich große Scheuklappen auf, ideologisiert über einem angeblichen Hauptwiderspruch und blendet ganz viele kritikwürdige Machtverhältnisse einfach aus (das ist die Strategie des „Sozialismus“ in der DDR).

Die neuen dimensionalen Währungen, die hier vorgeschlagen sind, haben den direkten Vorteil, dass der Wert anderer Dimensionen direkt erkannt werden kann – also nicht länger ausschließlich jener der ökonomischen Dimension. Allein davon darf man eine starke Dynamik erwarten. Die langfristigen Folgen sind mutmaßlich enorm, sogar halbwegs unabhängig davon, wie genau die weiteren Währungen genau funktionieren. Die herrschende Ordnung transformiert sich dadurch so schnell, wie es ein „Revolutionär“ nur hoffen kann. Aber der Revolutionär kann nicht vollständig verordnen, wie. Was vielleicht auch viel besser ist.

Aber ist die Linke nicht kritisch gegenüber „dem Markt“? In vielerlei Hinsicht haben wir offensichtlich ein Problem mit der Vorherrschaft des „Einen Marktes“ der Ökonomie, der auf verknappte Konsumrechte ausgerichtet ist. Das Problem sind aber nicht „Märkte“ im Plural, sondern nur „Der Markt“. Märkte können die Umrechnungskurse zwischen den Währungen viel flexibler als Planungsstäbe besorgen. Die Angst vor der Figur „des Spekulanten“ ist konservativ und nicht etwa kapitalismuskritisch. Die Ordnung des (insb. neoliberalen) Kapitalismus beruht nämlich gerade darauf, dass man die Wertzuteilung, die sich in der Ökonomie ergibt, irgendwie für natürlich und gerecht weil leistungsadäquat missversteht und dadurch nicht als politische begreifen und kritisieren kann.

Aber werden die vorgeschlagenen neuen Währungen nicht eher einen Status wie Waren haben, wenn schon Konsumrechte (also Geld, das kurzfristig weiter national unterteilt bleiben wird) ggf. vorerst den Status einer Leitwährung behalten? Würde der Handel mit Emissionszertifikaten/Verschmutzungsrechten sich überhaupt nennenswert vom Handel mit Erdöl, Rohkaffee oder Autos unterscheiden, bei dem man ja auch nicht von „Währungen“ spricht? Zunächst ist natürlich einzuräumen, dass sich der Handel mit lagerfähigen Waren (oder mit Derivaten auf Warentransaktionen, z. B. Terminkontrakten auf die Produktion und Lieferung verderblicher Tomaten) nicht in jeder Hinsicht von einer Währung unterscheidet. In Vertrauenskrisen kann eine Ware bekanntlich die Funktion einer Währung übernehmen, z. B. Gold oder Zigaretten, sie wird in den Worten Marx‘ zu einer „gesellschaftlichen Inkarnation“ von anerkanntem Wert.⁵⁴ Auf die gesellschaftliche Anerkennung von bisher nicht sinnvoll anerkannten Werten (Umwelt, Kultur, soziale Sorge, Demokratie) geht es bei dem Vorschlag ganz zentral. Der von Marx nicht ausreichend berücksichtigte oder verstandene Unterschied zwi-

54 Marx: Das Kapital I. Band; MEW Bd. 23, S. 103-104, wo weiter ausgeführt wird: „Diese allgemeine Äquivalentform entsteht und vergeht mit dem augenblicklichen gesellschaftlichen Kontakt, der sie ins Leben rief. Abwechselnd und flüchtig kommt sie dieser oder jener Ware zu. Mit der Entwicklung des Warenaustausches heftet sie sich aber ausschließlich fest an besondere Warenarten oder kristallisiert zur Geldform. An welcher Warenart sie kleben bleibt, ist zunächst zufällig.“

schen einer Währung und einer besonderen Ware ist die gesellschaftliche Sanktionierung und Gestaltung. Hinter den Goldmünzen steht bspw. der Territorialherrscher, der sich mit der Prägung auf den Münzen verewigt. Hinter einer nationalen Papierwährung steht die Zentralbank, die buchstäblich Geld aus dem Nichts schöpft und damit reguliert (und nach alter Redewendung „die Druckerpressen anwerfen“ kann, tatsächlich aber ganz ohne Papier Geld schöpfen kann). Eine Währung ist also gesellschaftlich sanktioniert und gestaltet. Anders als die Konservativen, die gleichzeitig Angst um das Geld und damit auch vor dem Geld haben, setzt die Linke traditionell nicht auf die strikte Unabhängigkeit und Neutralität der Zentralbanker. Politische Ökonomie soll zeigen, dass Geld und Kapital keine Naturverhältnisse sind, sondern politisch gestaltete und zu gestaltende Verhältnisse. Der Vorschlag der mehrdimensionalen Gesellschaftskoordination setzt auf eine radikale Ausweitung der politischen Regulation der Austauschmedien. Die umfassender politisch bestimmte Regulation sollte im Vergleich zu heutigen Verhältnissen viel demokratischer werden können. Das wird genau dadurch erleichtert, indem sie nach einigen zentralen Menschheitsproblemen (Ernährung, Konsum, Umwelt, Mitbestimmung/Demokratie, ...) aufgeteilt erfolgt und indem sie mit abstrakten Koordinationsmechanismen (Märkten, Kennzahlensystemen) arbeitet. Die Währungen und ihre Bearbeitung über Märkte begrenzen den Klärungsbedarf und Aufwand sinn- und wirkungsvoll. Wem das Wort „Währung“ nicht sympathisch ist, der kann natürlich auch von „Indikatoren“ oder Kennziffernsystemen sprechen, mit welchen die Welt politisch und demokratisch koordiniert werden solle. Dies ist letztlich eine Benennungsfrage, die so entschieden werden sollte, dass möglichst geringe Vertrauensprobleme auftreten.

Werden Datenschutz und Koordinationsaufwand verbessert oder verschlechtert?

Um Beiträge in den verschiedenen Dimensionen, etwa Kultur, in einer eigenen Währung honorieren zu können, muss man sich über die Bewertung verständigen. Außerdem muss man die Beiträge irgendwie überwachen. Ist das überhaupt leistbar und wo bleibt der Datenschutz? In Industrieländern⁵⁵ findet sowohl eine solche Bewertung, aber auch die Aufzeichnung aller erforderlichen Daten sowieso bereits statt. Das Datenschutzproblem lässt sich sogar entschärfen. Bisher führen Händler wie Amazon, Verlage und sogar Bibliotheken nicht nur darüber Buch, wie viele ihre Verkäufe oder Verleihvorgänge sie haben, sondern auch wer, also welche Person, jeweils welche MP3 oder welches Hörbuch erwirbt. Unter den Bedingungen einer Kulturflattrate muss man nur noch messen, wie viel Nutzung es gibt, man muss aber gar nicht mehr aufzeichnen, wer das tut. Die Daten von Nutzern fallen bei einer allgemeinen Flattrate bzw. bei der vorgeschlagenen Kulturwährung gar nicht mehr an.

Ähnlich günstig steht es mit dem Bewertungsproblem. Bisher muss die GEMA mit Radiostationen und den in ihr organisierten Musikern und Musiklabeln Tarife vereinbaren, zusätzlich verhandelt aber auch jeder Autor mit seinem Verlag, der wiederum mit dem Händler und ferner spielt noch eine Rolle, dass tausende öffentliche und private Stiftungen, Fonds und Ämter bewerten, was zusätzlich gefördert werden sollte. Die bisherige Bewertungspraxis von kultu-

55 Da Entwicklungsländer die Versorgung mit Kulturgütern und sozialer Arbeit in den Industrieländern gar nicht schmälern können – Kopien nehmen niemandem etwas weg und soziale Arbeit ist ortsgebunden –, kann die Finanzierungsseite problemlos von den Industriestaaten getragen werden. Kulturbeiträge aus Entwicklungsländern können dann allerdings nur honoriert werden, wenn sie in den Kulturnetzwerken der Industriestaaten angemeldet werden.

rellen Beiträgen kann also erheblich vereinfacht und demokratisiert werden. Der Gesamtaufwand wird dadurch geringer statt größer.

Zutreffend ist allerdings, dass das vorgeschlagene Modell fordert, mehrere Konten zu führen. Wenn ich an der Supermarktkasse nicht nur mit Konsumpunkten (Geld), sondern auch mit Ökopunkten bezahlen soll, benötige ich natürlich eine EC-Karte o. ä., wobei Daten anfallen, – oder unpraktischer Weise zwei Portemonnaies. Eine weitere Möglichkeit ist, dass man dann zum aktuellen Kurs auf eine der Währungen umrechnet und nur mit dieser anonym bezahlt. In Gegenden ohne informationstechnische Infrastruktur könnte die angedachte Agrarwährung von Bedeutung sein, während man sie gegenüber den Endverbrauchern im Norden jeweils vorab in andere einrechnen könnte. Mehr oder weniger alle anderen vorgeschlagenen Währungen sind primär für die Herstellung der zugehörigen öffentlichen Infrastruktur von Bedeutung. Dafür fallen wie gezeigt eher weniger als mehr Daten an, je nach Phantasie bei der Umsetzung sind diese Daten dann aber stärker zentralisiert, was ein Datenschutzrisiko ist.

Spekulationsrisiken

Wenn es mehrere dimensionale Währungen gibt, die untereinander flexibel getauscht und gehandelt werden, besteht dann das Risiko, dass es zu groß angelegter Spekulation gegen eine dieser Währungen kommt? Dem ist tatsächlich so. Nach meiner Auffassung ist das eigentliche Problem aber nicht Spekulation. Problematisch ist also nicht, wenn einzelne Geschäfte auf eine subjektive Zukunftserwartung hin ausrichten (Spekulation), sondern wenn zu viel soziale Macht⁵⁶ unkontrolliert in den Händen Weniger angehäuft ist. Problematisch ist, wenn wenige Fondsmanager über mehr soziale Verfügungsmacht (ausgedrückt in Geld) einsetzen können als die politische Repräsentation von Staaten wie Island und Ungarn (2008) oder Indonesien und Thailand (Asienkrise 1997). Die hier vorgeschlagene Sicherung sind Kappungsgrenzen – also Maximalwerte an Vermögen.⁵⁷

Ist das nicht viel zu kompliziert?

Die Grundgedanken lassen sich durchaus knapp vermitteln:

1. Gesellschaft ist verdammt kompliziert, man kann sie nicht einfach durchschauen (weder marxistisch noch neoliberal o. ä.). Dass Gesellschaft so komplex ist, finden an Emanzipation Interessierte sehr gut und nicht schlecht.

56 Formen sozialer Macht lassen sich im Anschluss an Bourdieu, Foucault u. a. ganz ähnlich definieren, wie ich es hier mit Geld gemacht habe.

57 Bei den Vermögen von einzelnen Menschen sind Kappungsgrenzen, also eine Vermögenssteuer von 100% ab einem Schwellenwert, einfach umsetzbar. Schwieriger ist dies bei juristischen Personen wie einer Sparkasse oder einem Pensionsfonds. Dort kann sich das Gesamtvermögen aus vielen kleinen Einzelvermögen speisen, aber trotzdem von einzelnen Angestellten geballt mobilisiert werden. Kappungsgrenzen für solche Organisationen, die als Akteur auftreten, würden kurz oder lang über Holdingmodelle, Wertpapiere o. ä. ausgehebelt. Ein vorläufiger Gedanke ist, dass Transaktionen oberhalb eines gewissen Volumens melde- und kontrollpflichtig werden und von einem Gremium auf Missbrauchsmöglichkeiten überprüft werden – ähnlich wie bereits heute bestimmte Transaktionen zur Verhinderung von Geldwäsche zentral gemeldet werden müssen und andere einer Genehmigung vom Kartellamt bedürfen. Auch bei solchen Genehmigungsvorbehalten ist mit ständigen Bemühungen rechnen, sie zu umgehen. Sie bremsen allerdings den Handel nicht generell bürokratisch aus. Man hält sich an sie, da die betreffenden Transaktionen sonst im Nachhinein als ungültig erklärt werden können, ihnen wird also der unverzichtbare Rechtsschutz von der Gesellschaft verweigert.

2. Für eine bessere Gesellschaft kann man auf Big Brother setzen, auf den starken Staat oder die Avantgarde des Zentralkomitees, das ist die autoritäre Lösung. Oder man kann auf die Dauerdiskussion in kleinen Einheiten setzen, das ist die kommunitaristisch-anarchistische Position, die genau genommen großstädtische Gesellschaften ablehnt.

3. Es muss endlich eine dritte Möglichkeit diskutiert werden. Politische Ökonomie soll dabei nicht Angst vor dem geheimnisvollen Geld und den Märkten heißen, sondern politische Kritik a) der Einseitigkeit und b) der Ungerechtigkeit in der gegenwärtigen Ökonomie. Auch würden wir gern unbeschwerter leben, statt uns ständig in Hamsterrädern von Erfolgsdruck und Verwertungszwang zu drehen. Und c) gerne im doppelten Wortsinn „ökonomisch“, mitentscheiden, d. h. über Wirtschaftsthemen so mitentscheiden, aber mit angemessenem Aufwand.

Die Einseitigkeit (a) ist behebbar, wenn man Währungen nicht mehr nach Nationalstaaten einteilt, sondern nach Dimensionen der gesellschaftlichen Problembearbeitung (Kultur, Umwelt, Soziale Sorge, ...). Die Ungerechtigkeit (b) ist behebbar, indem man die Gestaltungsmöglichkeiten endlich wahrnimmt. Dazu gehören Grundeinkommen, maximale Einkommensdifferenzen sowie die Festlegung weniger Rahmengrößen (z.B. Beschluss darüber, welche weltweite Umweltbelastung man in Kauf nehmen will). Umfassender als über die repräsentative Demokratie eines Staates kann man dies gestalten (c), wenn man die vielschichtigen Beteiligungsmöglichkeiten u. a. des Informationszeitalters nutzt. Damit trotzdem eine Gesamtübersicht bzw. Koordination möglich wird, werden mehrere verallgemeinerte Zahlensysteme benötigt (die dimensionalen Währungen).

Insgesamt sinkt der Kontroll- und Verwertungsdruck nicht nur durch die Sicherheit von Grundeinkommen, sondern auch, wenn wir unsere Überflussgesellschaft nicht länger mit Mechanismen koordinieren, die rein auf Knappheit ausgelegt sind.

Und last not least: Um an einen schöneren Ort zu gelangen, muss man eine geeignete Richtung einschlagen, aber nicht vorher wissen, wie genau es aussieht, wenn man dort sein wird.